



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7364 Aeschi Thomas

Anzahl der algerischen Staatsangehörigen in Verwaltungshaft in der Schweiz

Laut der Vorsteherin des EJPD hat sich die Situation im Bereich der Rückführungen mit Algerien verbessert (Quelle: maghrebactu.com vom 8. April 2023).

1. Wie viele algerische Staatsangehörige befinden sich z.Z. in Administrativhaft?
2. Wie lange bleiben algerische Staatsangehörige durchschnittlich in Administrativhaft?
3. Wie viele Sonderflüge sind angesichts der verbesserten Zusammenarbeit mit Algerien geplant, und wie viele Staatsangehörige werden pro Sonderflug zurückgeführt?

Antwort

Die Rückkehr nach Algerien ist eine Priorität für den Bund und die Kantone. Dementsprechend hat das EJPD in den letzten Jahren grosse Anstrengungen in diesem Dossier unternommen. Die Zusammenarbeit mit Algerien hat sich deutlich verbessert und funktioniert seit Ende der Pandemie sehr gut. Diese Verbesserungen der Zusammenarbeit mit Algerien schlagen sich auch statistisch nieder: 2022 kehrten 438 Personen nach Algerien zurück (332 selbständig, 106 zwangsweise).

1. Zurzeit befinden sich 23 algerische Staatsangehörige in Administrativhaft.
2. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 40 Tage.
3. Ein Sonderflug wird als letztes Mittel organisiert, wenn eine Person aufgrund ihres Verhaltens nicht mit einem Linienflug repatriiert werden kann. Das SEM plant die Anzahl der durchzuführenden Sonderflüge nicht im Voraus, sondern organisiert diese gemäss dem Bedarf der Kantone. Diese Bedarfsmeldung bestimmt unter anderem die Anzahl der pro Flug vorgesehenen Personen.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7365 Aeschi Thomas

Rückführung von Dublin-Fällen nach Italien — warum Mai 2024?

Laut einer SDA-Mitteilung vom 20. Mai 2023 reist die EJPD-Vorsteherin heute nach Italien, um die Rückübernahme-Blockade zu diskutieren.

1. Warum will die Vorsteherin des EJPD diese erst «bis vor Frühjahr 2024 beenden»? Warum soll Italien ein weiteres Jahr gegen das Dublin-Abkommen verstossen dürfen?
2. 40 Fälle aus Italien wurden in die schweizerische Zuständigkeit überführt. Welche Nationalität haben diese und wie viele dieser Fälle bleiben in der Schweiz?

Antwort

1. Der Aufnahmestopp von Italien (seit Dezember 2022) betrifft ganz Europa respektive den ganzen Dublin-Raum. Es handelt sich also nicht um eine Massnahme gegen die Schweiz. Es ist das Ziel des Bundesrates, dass die Dublin-Überstellungen nach Italien so rasch wie möglich wiederaufgenommen werden. Ich war deshalb am 31. Mai selber in Italien und habe mit dem italienischen Innenminister Matteo Piantedosi gesprochen und dabei unterstrichen, dass wir erwarten, dass alle Dublin-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Er hat mir versichert, dass Italien derzeit an einer Erhöhung der Unterbringungskapazitäten arbeitet, damit es in den nächsten Monaten wieder Dublin-Überstellungen annehmen kann, wenn die Situation dies zulässt.

2. Seit Beginn des Überstellungsstopps nach Italien ist die Überstellungsfrist für 81 Asylsuchende abgelaufen (Stand 29.05.2023), was die Schweiz dazu verpflichtet, diese Fälle in ihrem eigenen Asylverfahren zu übernehmen.

Es betrifft folgende Nationalitäten: 39 Afghanistan, 8 Iran, 7 Syrien, 7 Tunesien, 3 Kosovo, 3 Eritrea, 2 Türkei, 2 Nigeria, 1 Äthiopien, 1 Ägypten, 1 Gambia, 1 Irak, 1 Pakistan, 1 Russland, 1 Senegal, 3 ohne Nationalität.

Bei einer Person mit afghanischer Staatsangehörigkeit wurde in der Zwischenzeit eine vorläufige Aufnahme angeordnet. Die anderen Fälle sind derzeit noch beim SEM hängig. Wie viele dieser Personen einen Schutzstatus in der Schweiz erhalten werden, lässt sich erst nach abgeschlossenen Asylverfahren sagen.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7366 Aeschi

Ausschaffungen mit Flugzeug des Bundes

Der Bund hat für CHF 13 Mio. zwei Flugzeuge der Rega insb. für Ausschaffungsflüge gekauft. Gemäss der Schweiz

am Wochenende vom 20. Mai 2023 fanden nur 21 Ausschaffungsflüge seit 2019 statt.

1. Warum gibt es so wenige Rückführungen mit den Flugzeugen des Bundes?
2. Wie hoch ist das Verhältnis von Rückführungen mit Flugzeugen des Bundes und privaten Fluggesellschaften seit dem Kauf dieser beiden Flugzeuge?
3. In welche Länder führten diese 21 Ausschaffungsmissionen?

Antwort

1. Die Fluggeräte (Challenger) des Lufttransportdienstes des Bundes (LTDB) wurden für verschiedene Transportzwecke angeschafft und nicht primär für Rückführungen. Die Flugzeuge des LTDB können nur beschränkt für Rückführungen eingesetzt werden. Beispielsweise können unter anderem aus Sicherheitsgründen maximal 2 Rückzuführende der Vollzugsstufe 4 (Sonderflug) transportiert werden. Zudem können gewisse Flughäfen vom LTDB nicht angefliegen werden aufgrund behördlicher Vorgaben des Zielstaates oder aus Sicherheitsgründen. Weitere Einschränkungen ergeben sich aus dem Umstand, dass die Challenger oftmals auch für andere Zwecke genutzt (z.B. KFOR-Missionen in den Kosovo) werden und an den entsprechenden Flugdaten nicht zur Verfügung stehen.

2. Auf ein Total von 145 durchgeführten Sonderflügen (01.01.2019 bis 30.04.2023) kommen 21 mit der LTDB – also ein Anteil von ca. 15%

3. Die Flugzeuge der LTDB werden in aller Regel für Rückführungen im europäischen Raum genutzt.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7316 Meier Andreas

Kann der Bundesrat, schon vor seinem in Aussicht gestellten Erlassentwurf (nach Art. 37a GTG bis Mitte 2024), Optionen aufzeigen, die eine Verwendung der neuen Züchtungsverfahren schneller ermöglichen? Wie sollen Schweizer Unternehmen bezüglich Crispr/cas heute investieren?

Ein aktueller Bericht der SCNAT unterstreicht das Mehrwert-Potential neuer Züchtungsverfahren für die Schweiz. Restriktive Vorschriften verhindern aber ihren Einsatz bei uns, und der Bundesrat sieht gemäss seinem Bericht vom Februar 2023 kaum Spielraum für Erleichterungen im Rahmen der bestehenden Gesetze. Die Schweiz läuft Gefahr, dass sie eine Entwicklung verpasst, resp. ihre Führungsposition in der Lifesciences-Wissenschaft abgibt.

Antwort

Der erwähnte Postulatsbericht beabsichtigte insbesondere aufzuzeigen, welche Aspekte für eine risikobasierte Regelung näher geprüft werden müssen. Auf dieser Grundlage evaluiert nun das UVEK in enger Zusammenarbeit mit dem WBF verschiedene Regelungsoptionen.

Gemäss Parlamentsauftrag müssen diese neuen Züchtungstechnologien gegenüber den herkömmlichen Methoden einen nachgewiesenen Mehrwert für die Landwirtschaft, die Umwelt oder die Konsumentinnen haben. Das UVEK und das WBF analysieren in diesem Rahmen selbstverständlich auch neue wissenschaftliche Berichte. Die neue Regelung wird Planungssicherheit für die betroffenen Kreise schaffen.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7319 Schneeberger

Technologiefreundliches Zulassungsverfahren des BAV - Innovationsverhinderung?

Erhalt und Ausbau der Bahnanlagen ist ein teures und aufwändiges Unterfangen. Jährlich investiert das BAV hohe Millionenbeträge. Eine innovative Firma hat mit UHFB ein Bauteil entwickelt, das Kosten senken kann, die Lebensdauer verlängert und die Energieeffizienz verbessert. Dennoch braucht das BAV weit über ein Jahr für die Zulassung:

Wie rechtfertigt der BR diese lange Frist?

Betreibt das BAV mit extrem langen Fristen nicht Innovationsverhinderung?

Wie können die Fristen verkürzt werden?

Antwort

Das BAV steht Innovationen offen gegenüber. Werden Bauteile oder Anlagen mit innovativem Charakter zur Zulassung eingereicht, sucht das BAV jeweils zusammen mit dem Gesuchsteller nach Möglichkeiten, wie diese Elemente zugelassen werden können.

Im konkreten Fall hat sich ein Ingenieurbüro beim BAV über die Zulassung von Ultra-Hochleistungs-Faserbaustoff-Rohren (UHFB) erkundigt. Da es sich um eine Anfrage zu einem Austausch handelte und keine konkreten Gesuchsunterlagen eingereicht wurden, hatte das BAV das Ingenieurbüro auf seine Webseite mit den Gesuchsanträgen verwiesen. Dieses Vorgehen war nicht optimal, was bedauert wird. Die internen Abläufe im BAV wurden aufgrund dieses Vorfalles angepasst.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7323 Porchet

Quelles compensations pour les Villes impactées par les changements liés aux horaires et infrastructures ferroviaires?

18 villes romandes ont exprimé leur mécontentement face au nouvel horaire ferroviaire pour 2025: à l'image d'Yverdon-les-Bains, c'est parfois même la promotion régionale qui est impactée par ces changements. De même, les retards conséquents causés par les attermoissements de l'OFT dans certains chantiers, par exemple à Lausanne, peuvent avoir de très lourdes conséquences sur les communes, qui subissent sans réel espace de négociation. Quelles compensations sont prévues pour les villes impactées?

Réponse

Les CFF et la Conférence des Transports de la Suisse occidentale (CTSO), c'est-à-dire l'association des directrices et directeurs des transports de Suisse romande (cantons de Berne, Fribourg, Vaud, Valais, Neuchâtel, Genève et Jura), se sont mis d'accord sur une nouvelle conception de l'horaire des CFF à partir de 2025 en Suisse romande. Selon les CFF, cette restructuration est nécessaire pour garantir une exploitation ferroviaire fiable et ponctuelle malgré les nombreux investissements dans l'infrastructure qui entraînent des chantiers.

Le Conseil fédéral est conscient des conséquences que l'horaire 2025 aura pour les régions et les villes concernées. L'adaptation de l'horaire du transport grandes lignes nécessitera également des adaptations des horaires des lignes ferroviaires et de bus régionales et aura des répercussions sur les lignes de transport locales. Il n'existe pas de base juridique pour des mesures de compensation financière de la part de la Confédération.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7339 Jauslin

Dürfen in der Schweiz tatsächlich Luftfahrzeuge gewerbsmässig eingesetzt werden, die über kein Lufttüchtigkeitszeugnis verfügen?

Die Antwort auf meine Frage 23.7228 ist nicht schlüssig. Welcher Artikel in welcher nationalen Verordnung erlaubt denn nun konkret den gewerbsmässigen Einsatz von Luftfahrzeugen der Sonderkategorie?

Offenbar gilt die im europäischen Luftrecht (ORO.AOC.100) verankerte Vorschrift, dass generell nur Luftfahrzeuge mit einem international anerkannten Lufttüchtigkeitszeugnis gewerbsmässig eingesetzt werden dürfen, in der Schweiz trotz des bilateralen Luftverkehrsabkommens nicht. Warum?

Antwort:

Für den gewerbsmässigen Betrieb von Luftfahrzeugen, die dem EU-Recht unterliegen, braucht es eine Betriebsbewilligung und ein Luftverkehrsbetreiberzeugnis. Eine blossе Fluggenehmigung (sog. Permit to fly) ist in diesem Rahmen grundsätzlich nicht möglich.

Der gewerbsmässige Betrieb von Luftfahrzeugen, die nicht den europäischen Bestimmungen unterliegen, erfolgt im Rahmen einer nationalen Betriebsbewilligung (Art. 27 Luftfahrtgesetz). Der Einsatz von Luftfahrzeugen der Sonderkategorie «historisch» sowie von Luftfahrzeugen ohne Musterzulassung ist für gewerbsmässige Personentransporte in jedem Fall ausgeschlossen (Art. 101 Luftfahrtverordnung).



Heure des questions du 5. Juni 2023

Question 23.7349 Roduit

Veut-on vraiment doubler le nombre de meutes de loups en Suisse?

Dans le cadre de la mise en oeuvre de la nouvelle loi sur la chasse (tirs de régulation), il est prévu de limiter le nombre de meutes de loups en Suisse. Une limite visant à préserver un nombre minimal de 20 meutes est avancée dans certaines prises de position.

1. Qui décidera de ce nombre ? Les cantons concernés ?
2. Sur quelles données et clef de répartition sera établie cette limite ?

Réponse

Les 20 meutes évoquées constituent une recommandation de la plateforme de discussion « Faune sauvage et société » sous l'égide de la Convention alpine. La loi sur la chasse adaptée exige notamment que la régulation proactive préserve un effectif de la population de loups adapté au niveau régional. Il incombe au Conseil fédéral d'élaborer les dispositions d'exécution y relatives. Le Conseil fédéral définira cet aspect dans le cadre de l'adaptation nécessaire de l'ordonnance, cela en tenant compte des nuisances et des risques provenant de la population croissante de loups.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7275 Wettstein

Katasterwerte tiefer als 70 Prozent des Verkehrswertes

Das Bundesrecht schreibt vor, dass Vermögen zum Verkehrswert zu besteuern ist. Beim Katasterwert von Liegenschaften gibt es Spielraum, allerdings darf die Grenze von 70% des Verkehrswertes nicht unterschritten werden. Wenn nun ein Kanton diese Grenze gleichwohl massiv unterschreitet: Welche Sanktionsmöglichkeiten hat der Bund? Wie lange kann er den unrechtmässigen Zustand tolerieren bzw. nach wie vielen Jahren muss der Bund korrigierend einschreiten?

Antwort

Im Steuerharmonisierungsgesetz wird die durch die Kantone erhobene Vermögenssteuer umschrieben. Im Gegensatz zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer ist im Steuerharmonisierungsgesetz keine Aufsichtsfunktion der ESTV verankert. Die Verantwortung zur Um- und Durchsetzung des Steuerharmonisierungsgesetzes liegt beim Bund und den Kantonen. Das Steuerharmonisierungsgesetz sieht dazu verschiedene Massnahmen vor wie zum Beispiel die Anpassungspflicht der Kantone. Stellt sich heraus, dass eine kantonale Steuerbehörde das geltende Bundesrecht nicht korrekt anwendet, kann die ESTV gegen einen entsprechenden Entscheid der letzten kantonalen Instanz eine Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten an das Bundesgericht erheben. Zudem kann die ESTV gemäss Bundesgerichtsgesetz Rechtsmittel des kantonalen Rechts ergreifen und sich auf Antrag vor jeder kantonalen Instanz am Verfahren beteiligen. Zu berücksichtigen gilt dabei, dass das Bundesgericht zur Vermögenssteuer erwogen hat, dass die Kantone über einen erheblichen Spielraum verfügen. Dabei kann angesichts der Zuständigkeiten und des weiten Gestaltungsspielraumes der Kantone in diesem Bereich nicht ohne Weiteres von einer systematischen und erheblichen Über- oder Unterbewertung ausgegangen werden, welche ein Eingreifen gebietet. Aus diesen Gründen legt sich die ESTV bei den kantonalen Steuern praxisgemäss eine gewisse Zurückhaltung auf.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7283 Estermann

Operiert die aus der Schweiz geschasste Gazprom Bank weiterhin in Luxemburg?

Am 10. Oktober 2022 verkündete Gazprom, dass sie entschieden hat "die Geschäftstätigkeit im Schweizer Finanzmarkt einzustellen". Dieser Entscheid sei in "enger Absprache mit der Finanzmarktaufsicht FINMA" erfolgt.

1. Stimmt es, dass die Gazprom Bank aktuell Finanzdienstleistungen in oder aus Luxemburg heraus anbietet?
2. Stimmt es, dass die FINMA die Gazprom Bank gedrängt hat, ihre Geschäftstätigkeiten in der Schweiz aufzugeben, obwohl Gazprom keine Schweizer Gesetze verletzte?

Antwort

Dem Bundesrat ist die zitierte Pressemitteilung der Gazprombank Schweiz vom vergangenen Oktober bekannt. Zu Ihrer ersten Frage: gemäss öffentlich zugänglichen Quellen ist die «GPB International S.A.», eine Tochtergesellschaft der russischen Gazprombank mit Sitz in Luxemburg, weiterhin als Bank lizenziert. Zur zweiten Frage kann sich der Bundesrat nicht äussern; die FINMA vollzieht ihre Aufgaben als unabhängige Aufsichtsbehörde.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7291 Feller

Contrôle de sécurité des dirigeants de la FINMA: le Conseil fédéral n'a jamais respecté son engagement de 2014!

Dans son avis du 21 mai 2014 sur la motion 14.3031, le Conseil fédéral s'est engagé à modifier l'ordonnance sur les contrôles de sécurité (OCSP) pour que tous les membres du conseil d'administration et de la direction de la FINMA soient soumis à une enquête de sécurité avant leur nomination. Le 18 juin 2015, la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf a déclaré devant le Conseil des Etats que cette adaptation aurait lieu d'ici fin 2015. Or, cette adaptation n'a jamais eu lieu. Est-ce admissible?

Réponse

En 2014, il était en effet prévu d'adapter l'annexe à l'Ordonnance sur le contrôle relatif aux personnes en conséquence afin que les cadres supérieurs de la FINMA soient systématiquement soumis à un contrôle de sécurité avant leur nomination.

Hors, la révision de l'Ordonnance avait été interrompue à l'époque dans l'attente de la future loi sur la sécurité de l'information (LSI) qui offre un nouveau cadre légal pour les contrôles de sécurité relatifs aux personnes. La LSI entrera en vigueur le 1er janvier 2024. La nouvelle ordonnance concernant les contrôles de sécurité relatifs aux personnes, qui entrera en vigueur à la même date, soumet au contrôle le conseil d'administration et la direction de la FINMA.

Dans l'intervalle, l'ensemble du Conseil d'administration, le Directeur et sa suppléante ont été contrôlés. En outre, le Département fédéral des finances a lancé les procédures de contrôle de sécurité pour les autres membres de la direction de la FINMA au mois de mai de cette année, comme indiqué dans la réponse du Conseil fédéral à l'interpellation Feller 23.3468.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7292 Zuberbühler

Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses: Reine Symbolpolitik oder mehr als das?

Etliche Städte und Gemeinden versuchen Strom zu sparen, indem sie Gebäude nicht beleuchten oder gar die Strassenbeleuchtung abstellen. Auf Anweisung des Bundes wird gar auf die Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses verzichtet.

Das Bundeshaus ist das Zentrum der Schweizer Demokratie und wohl das repräsentativste Gebäude der Schweiz. Ist der Bund bereit, die Fassaden- und Innenbeleuchtung umgehend wieder einzuschalten? Und wie viel Strom und Geld wurde durch das Ausschalten bis jetzt gespart?

Antwort

Die Verwaltungsdelegation der Eidgenössischen Räte hat entschieden, die Fassadenbeleuchtung des Parlamentsgebäudes gemeinsam mit jener der übrigen Magistratsgebäude zu reaktivieren. Das Bundesamt für Bauten und Logistik wurde am 26. Mai 2023 mit der Umsetzung beauftragt, die Beleuchtung koordiniert mit den Anrainern des Bundesplatzes wieder einzuschalten. Die Einschaltung der Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses ist für den 2. Juni 2023 vorgesehen.

Die Verwaltungsdelegation ist der Meinung, dass es nicht mehr zeitgemäss ist, die Fassadenbeleuchtung die ganze Nacht aufrechtzuerhalten. Sie hat deshalb die Parlamentsdienste beauftragt, mit allen Anrainern des Bundesplatzes abzuklären, ob nicht eine zeitliche Limitierung der Fassadenbeleuchtung, bspw. von Dämmerung bis Mitternacht, angebracht wäre.

Durch das Ausschalten der Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses vom 8. September 2022 bis zum 1. Juni 2023 wurden ca. 68'400 kWh Strom und 15'000 Franken gespart.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7310 Guggisberg

Verantwortliche des CS-Debakels müssen zur Rechenschaft gezogen werden

Was tut der Bundesrat konkret, um die Verwaltungsräte und Verwaltungsrätinnen, die den Untergang der Credit Suisse zu verantworten haben, ausfindig zu machen und schnellstmöglich zur Rechenschaft zu ziehen? Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Bundesrat und wie gedenkt er diese einzusetzen?

Antwort

Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 5. April 2023 zum Postulat 23.3439 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats («Prüfung einer möglichen Klage gegen die Führungsorgane der Credit Suisse») ausgeführt hat, teilt er das Anliegen, dass die Ereignisse, welche zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS führten, gründlich aufzuarbeiten sind. Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, dem Parlament die im Postulat beantragte Auslegeordnung innert Jahresfrist vorzulegen. Der Bund ist im Übrigen weder Aktionär noch Gläubiger der Credit Suisse und daher nicht zur Verantwortlichkeitsklage nach geltendem Schweizer Aktienrecht legitimiert. Das EFD steht diesbezüglich in Kontakt mit bundesnahen institutionellen Anlegern, die Aktien der Credit Suisse halten. Es beabsichtigt ferner, ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, welches die konkreten Prozesschancen und -risiken von Verantwortlichkeitsklagen darlegen soll.

Schliesslich sei bemerkt, dass mit Verfügung des EFD vom 23. Mai 2023 die noch nicht ausbezahlten variablen Vergütungen der obersten Führungsebene der Credit Suisse gestrichen wurden und die Credit Suisse zugleich angewiesen wurde, die Rückforderung variabler Vergütungen von Konzernleitungsmitgliedern zu prüfen und Bericht zu erstatten. Dies betrifft allerdings nicht die Mitglieder des Verwaltungsrats, da diese keine variablen Vergütungen erhalten.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7342 Wermuth

Handelt die SNB mit Blick auf die Mieten im "Gesamtinteresse des Landes"?

Expert:innen gehen von einer weiteren Anhebung des Leitzinses durch die SNB Ende Juni aus. Das hätte zusätzlich eine treibende Wirkung auf die Mieten. Teil der Bundesrat die Ansicht, dass die SNB diesen Umstand im Lichte des "Gesamtinteresse des Landes" (Art. 99 Abs. 2 BV) berücksichtigen muss? Ist der Bundesrat dazu mit der SNB im Gespräch?

Antwort

Das im Nationalbankgesetz festgelegte geldpolitische Mandat der SNB besteht darin, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Die seit Juni 2022 erfolgten und allfällige weitere Leitzinserhöhungen der SNB dienen der Erfüllung des Mandats, indem sie dazu beitragen, die zu hohe Inflation mittelfristig wieder in den Zielbereich der SNB von 0 bis 2 Prozent zu senken. Es trifft zu, dass Leitzinserhöhungen – wegen der teilweisen Koppelung der Wohnungsmieten an den Referenzzinssatz für Hypotheken – zu steigenden Wohnungsmieten beitragen und dadurch die Inflation in einer ersten Phase zusätzlich erhöhen können. Die SNB berücksichtigt diesen Aspekt bei ihren geldpolitischen Entscheidungen. Auf längere Dauer reduzieren die Zinserhöhungen jedoch die Inflation und tragen zur Preisstabilität bei, so wie es das Mandat erfordert.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7360 Aeschi Thomas

Aktualisierte Zinslast für die Schulden der Eidgenossenschaft

Wie viele Franken prognostiziert der Bundesrat, dass er im Jahr 2023 für die Zinslasten der Eidgenossenschaft aufwenden muss?

Antwort

Für das Jahr 2023 wird aktuell von Zinsausgaben von 1,269 Milliarden Franken ausgegangen. Bei der Erarbeitung des Voranschlags wurde mit einem kurzfristigen Zinssatz von 0,3 Prozent und einem langfristigen Zinssatz von 0,9 Prozent gerechnet. Für das laufende Jahr wird ein kurzfristiger Zinssatz von 1,5 Prozent und ein langfristiger Zinssatz von 1,4 Prozent erwartet. Dies führt nach den aktuellsten Berechnungen zu einem Mehrbedarf von insgesamt 384 Millionen Franken. Mit der 1. Hochrechnung 2023 werden die Zahlen überprüft. Der Bundesrat wird im August 2023 über das Ergebnis der Hochrechnung kommunizieren.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7361 Aeschi Thomas Ausserordentliche Verbuchung von Ausgaben der Eidgenossenschaft

Ab wann muss der Bundesrat vom Parlament eine Bewilligung für die ausserordentliche Verbuchung von Ausgaben - wie zum Beispiel die Ausgaben für die Bewältigung der Pandemie oder Ausgaben als Folge des Krieges in der Ukraine - einholen?

Antwort

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament alle Ausgaben zur Genehmigung. Dies geschieht im Rahmen des Voranschlags und, falls diese Mittel nicht ausreichen, im Rahmen der Nachträge. Die Schuldenbremse erlaubt unter gewissen Bedingungen, unter anderem aufgrund von aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen, ausserordentliche Ausgaben. Das Parlament beschliesst diese jeweils explizit durch die Erhöhung des Höchstbetrags für die Gesamtausgaben mit Bundesbeschluss zum Voranschlag bzw. Nachtrag. Die Voraussetzungen für die Ausserordentlichkeit sind in Artikel 15 des Finanzhaushaltgesetzes geregelt.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7278 Heimgartner

Soll die Schweiz nun doch am Panzer-Ringtausch für die Ukraine teilnehmen?

Der Bundesrat erklärte, den Rückverkauf von 25 Panzer als neutralitätsrechtlich unbedenklich; man nehme dadurch nicht am Panzer-Ringtausch für die Ukraine teil. Blick berichtet am 25. Mai, dass eine Sprecherin des deutschen Verteidigungsministeriums erklärte, dass diese Panzer nach der Modernisierung im Rahmen des Ringtausches eingesetzt werden können. Wie kann man neutral sein, wenn man als neutrales Land anderen die Waffen ersetzt, welche diese einseitig an Kriegsparteien geschickt haben?

Antwort

Ein allfälliger Rückverkauf der 25 Panzer ist kein «Ringtausch». Ein solcher würde voraussetzen, dass die Materialabgaben gleichzeitig stattfinden und sich gegenseitig bedingen. Beides trifft nicht zu: Die Anfrage der deutschen Minister erfolgte zeitlich und inhaltlich getrennt von jeglichen Materiallieferungen an die Ukraine. Deutschland hat eine Anzahl seiner Kampfpanzer an die Ukraine unabhängig von der Erwartung abgegeben, seinerseits von einem anderen Land Kampfpanzer als Ersatz zu erhalten. Die Weitergabe der Panzer an die Ukraine haben die deutschen Minister explizit ausgeschlossen. Zudem muss Deutschland die von der Schweiz gelieferten Panzer vor einem Einsatz einem Instandsetzungs- und Modernisierungsverfahren unterziehen, was eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7284 Zuberbühler

**Beginn der Sommer-Rekrutenschule auf den Berufslehraabschluss abstimmen:
Die Verschiebung auf Kalenderwoche 27 kann nicht die abschliessende Lösung
sein!**

Mit der Umsetzung der WEA wurde der Beginn der Sommer-Rekrutenschule vorver-
schoben. Weil der Termin für den Beginn der Sommer-RS nicht auf die Bedürfnisse
der Berufsbildung abgestimmt wurde, war der Bundesrat im Nachgang bereit, den
Start der Sommer-RS auf Kalenderwoche 27 zu verschieben. Gemäss
mündlicher Zusage (im Rahmen der Herbstsession 2019) ist der Bundesrat bereit,
Beginn und Ende usw. der Sommer-RS nochmals anzuschauen.

Bis wann wird er dies tun und wie erstattet er Bericht?

Antwort

Der Bundesrat und die Armee streben die bestmögliche Vereinbarkeit zwischen dem
Lehraabschluss und der Absolvierung der Sommer-Rekrutenschulen an. Aus diesem
Grund hat die überwiegende Mehrheit der angehenden Rekrutinnen und Rekruten
ihre Lehraabschlussprüfungen zu Beginn der Sommer-Rekrutenschulen in der
Kalenderwoche 27 bereits abgeschlossen. Anlässlich der Beratungen der Motionen
Zuberbühler 18.4170 und Ettlín 18.4280 hat der Bundesrat diese Lösung in Aussicht
gestellt und die Armee hat diesen Kompromiss umgesetzt.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7297 Riniker

Ausserdienststellung Waffensysteme - Rückkaufoptionen zur indirekten Unterstützung der Ukraine

Die Schweiz wird in den nächsten Jahren viele ausländische Waffensysteme ausser Dienst stellen: 248 Schützenpanzer M113 und über 100 Artilleriekanonen vom Typ M109 (vgl. NZZ Magazin vom 11. März 2023). Beide Systeme sind amerikanischer Herkunft und sind aktuell in der Ukraine im Einsatz. 1. Wird der Bundesrat aktiv bei den USA nachfragen, ob ein Interesse besteht, die Waffensysteme zurückzukaufen? 2. Welche Auflagen wären mit einer solchen Rückkaufvereinbarung verbunden?

Antwort

Zu 1: Waffensysteme werden nach der Ausserdienststellung üblicherweise dem Originalhersteller bzw. dem Herstellerland zum Rückerwerb angeboten. Das gilt auch für die erwähnten Systeme. Beide Systeme sind aktuell bei der Schweizer Armee im Einsatz; deren Ausserdienststellung ist erst Ende der 2020er Jahre vorgesehen.

Zu 2: Ein Rückerwerb ist neutralitätsrechtlich zulässig, sofern das Bestimmungsland nicht Kriegspartei in einem internationalen bewaffneten Konflikt ist. Die Ausfuhr von Waffensystemen unterliegt dem Kriegsmaterialgesetz und ist bewilligungspflichtig.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7298 Riniker

Weitere Verwendung Abwehrraketen (Typ Rapier)

Armasuisse-Sprecher Kaj-Gunnar Sievert sagte gegenüber Sonntagsblick am 28. Mai 2023 aus, dass Grossbritannien "informell mit dem VBS Kontakt aufgenommen" und sich nach dem Stand ausgemusterter Flugabwehrsysteme erkundigt habe (Typ Rapier). 1. Weshalb wurde die Option eines Rückkaufs nicht schon vor Beginn der Verschrottung geprüft? 2. Was geschieht nun mit den verbleibenden Abwehrraketen? Wird die Verschrottung fortgesetzt oder gibt es andere Optionen zur indirekten Unterstützung der Ukraine?

Antwort

Zu 1: Rapier ist ein veraltetes System und kann gegen heutige Bedrohungen aus der Luft nicht mehr wirksam eingesetzt werden. Grossbritannien hat seine eigenen Rapier-Systeme bereits 2021 entsorgt. Im gleichen Zeitraum hat armasuisse den Hersteller über die geplante Ausserdienststellung informiert. Dieser war am Rückerwerb nicht interessiert. Im April 2022 hat sich der Hersteller bei armasuisse nach der Anzahl der einsatzbereiten Systeme erkundigt, aber kein Interesse gemeldet. Anfang 2023 hat armasuisse die Entsorgung der Systeme in die Wege geleitet. Nach Erkundigungen des Herstellerlands beim VBS wurde die Entsorgung vorerst sistiert. Mittlerweile hat das Herstellerland mitgeteilt, dass es kein Interesse am Rückerwerb der Systeme hat.

Zu 2: Die Systeme werden wie geplant entsorgt.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7299 Zuberbühler

Wieso kommt der Bundesrat zum Schluss, dass 25 Leo-Kampfpanzer ausser Dienst gestellt werden können, obwohl - im Nachgang zum brutalen Ukraine-Krieg! - keine aktuelle Verteidigungsstrategie vorliegt?

Das Postulat 23.3000 beauftragt den Bundesrat, so rasch wie möglich in einem Bericht darzulegen, wie die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz angesichts der Rückkehr von bewaffneten Konflikten wie dem Ukraine-Krieg gestärkt werden kann. Obwohl es noch nicht beantwortet wurde, beantragt der Bundesrat die Ausserdienststellung von 25 Leopard 2 Panzern. Weshalb kommt der Bundesrat bereits heute zum Schluss, dass 25 solcher Top-Kampfpanzer ausser Dienst gestellt werden können?

Antwort

Der Bericht zur Beantwortung des Postulats 23.3000, gestützt auf den Zusatzbericht des Bundesrats zum Sicherheitspolitischen Bericht, ist in Erarbeitung. Diese Arbeiten, insbesondere zur Doktrin, sind bereits fortgeschritten.

Bereits jetzt ist klar: Der Grundlagenbericht zur Zukunft der Bodentruppen von 2019 hat weiterhin Gültigkeit. Darin wurde festgehalten, dass Kampfpanzer ihre Bedeutung in der Verteidigung auf absehbare Zeit behalten werden. Der Krieg in der Ukraine hat diese Erkenntnis bestätigt, ebenso wie die Absicht, die mechanisierten Verbände vollständig auszurüsten. Dafür werden gemäss den aktuellen Berechnungen der Armee 71 der 96 stillgelegten Panzer benötigt. Diese Anzahl schliesst den Bedarf für Ersatzmaterial und Ausbildung ein. Aus Optik der Verteidigung ist eine grössere Anzahl nicht notwendig. Zudem wären zur Bildung zusätzlicher Panzerformationen auch Schützenpanzer und weitere Unterstützungsmittel, deren Nachbeschaffung zulasten anderer Fähigkeitsbereiche ginge, erforderlich, und damit erhebliche finanzielle Mittel nötig.

Zu beachten ist, dass die stillgelegten Panzer für die Schweiz wertlos sind, wenn sie nicht werterhalten werden können. Dafür ist die Schweiz aber auf die Originalhersteller in Deutschland angewiesen. Zudem liegt es im Interesse der Sicherheit und Verteidigung der Schweiz, dass ihre Nachbarländer und europäischen Partner die eigene Verteidigungsfähigkeit mit solchen Systemen stärken, zumal sie aufgrund der geographischen Lage mehr exponiert sind. Auch deshalb liegt es nicht im Interesse der Verteidigung der Schweiz, alle Panzer zurückzubehalten.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7318 Atici

Schutzsuchende schützen und Einschüchterungen durch autoritäre Regierungen entgegentreten

Der Bundesrat weist in seinem Bericht zur Bedrohungslage vom 12. Mai 2023 darauf hin, dass «autoritäre Regierungen [...] geflüchtete Staatsangehörige überwachen», um diese «einzuschüchtern oder Aktionen durchzuführen, die bis hin zur gezielten Tötung reichen» und so «in einer Flüchtlingsgemeinschaft Furcht auszulösen». - Welche Gemeinschaften sind besonders gefährdet? - Welche Massnahmen ergreift er im Inland und aussenpolitisch, um die Sicherheit aller Schutzsuchende zu gewährleisten?

Antwort

Das Phänomen der Überwachung emigrierter Gemeinschaften und von Regierungsgegnern im weitesten Sinn betrifft nicht nur die Schweiz, sondern alle Staaten mit einer Diasporagemeinschaft, die von den Herkunftsländern als reelle oder potenzielle Bedrohung wahrgenommen wird. Diese autoritären Herkunftstaaten verfügen über die nötigen Ressourcen, um Informationen über ihre Gemeinschaften im Ausland zu erhalten, sie zu überwachen oder für politische Zwecke im Herkunftsland zu instrumentalisieren. Ein Beispiel ist etwa die iranische Gemeinschaft in der Schweiz. Sie fordert einen Regimewechsel und kann im Fokus von Kontrollen sein. Das EDA appelliert im politischen Dialog mit den Herkunftstaaten immer wieder an die Einhaltung der Menschenrechte.

Dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sind mehrere konkrete Fälle von Einschüchterung in der Schweiz bekannt. Diese ist auf elektronischem Weg oder persönlich erfolgt. Aus Angst vor Repressalien, beispielsweise gegen Familienmitglieder im Herkunftsland, zögern die Opfer oft, Anzeige zu erstatten. Die Drohungen werden zudem manchmal indirekt geäussert, um eine Anzeige zu erschweren.

Der Bundesrat nimmt den Schutz der Grundrechte sehr ernst. Die dem Bundesrat unterstellten Exekutivbehörden stellen sicher, dass alle zur Verfügung stehenden präventiven und repressiven Massnahmen gegen jede Handlung ergriffen werden, welche die Ausübung dieser Rechte gefährdet.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7351 Crottaz

Incitation au racisme dans les exercices de l'armée?

Le 5 mai, le TJ de 19h30 de la RTS présentait un reportage sur un exercice de l'armée impliquant 4'000 militaires. Le but : se défendre en cas d'attaque par des milices armées. On y voit des militaires tirer à balles réelles sur des cibles en carton. Une courte séquence montre la cible : il s'agit clairement d'un homme au profil maghrébin. L'actualité nous enseigne que la lutte contre le racisme est un travail nécessaire et quotidien.

Comment le DPPS justifie-t-il l'emploi de tels stéréotypes?

Réponse

L'armée ne tolère aucune forme de discrimination : tout militaire doit respecter les droits de l'homme et la dignité des personnes dans toute leur diversité et sans discrimination. Nul ne doit subir de préjudice en particulier en raison du sexe, de l'appartenance ethnique ou nationale, de la langue, de l'âge, de la religion, de l'orientation sexuelle, des opinions politiques ou autres, du milieu social d'origine, du style de vie ou d'un handicap. Ces points sont expressément fixés à l'art. 77, al. 3, du règlement de service de l'armée (RS 510.107.0). Il incombe à l'armée de sensibiliser et d'informer ses membres dans cet esprit. L'armée défend une culture de l'inclusion et considère la diversité comme une chance.

L'armée utilise toutes sortes de cibles représentant des hommes et des femmes d'origines, de tenues vestimentaires et d'âges divers. En l'occurrence, ce n'est pas tant l'apparence d'une personne qui compte, mais uniquement le fait qu'elle porte une arme ou non. Le but est d'entraîner la bonne réaction du tireur soumis à la pression du temps.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7353 Roth Franziska

**Der Bayerische Landtag setzt eine Untersuchungskommission zur Maskenfä-
färe ein, in der Schweiz dümpeln die Verfahren vor sich hin.**

In der Antwort auf meine Frage 21.7322 hatte der Bundesrat festgehalten: «Anfällige Ansprüche aus den bisherigen Maskenlieferungen werden durch Ziffer 4 der Vereinbarung [vom 8. März 2021 zum Austausch] nicht ausgeschlossen.»

- Laufen weitere Vergleichsverhandlungen mit EMIX?
- Hat das VBS auf zivil- oder strafrechtlichem Weg Ansprüche gegen EMIX geltend gemacht oder Strafanzeigen erstattet?
- Unterstützt das VBS die noch laufenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Zürich?

Antwort

Der Bundesrat äussert sich nicht zu einem laufenden Verfahren. Die Verfahrenshoheit liegt bei der Staatsanwaltschaft Zürich. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Zürich wurden auf Anfrage unterstützt.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7354 Strupler

Anreize für aktiven Unterhalt der Zivilschutzanlagen

In der Schweiz stehen in verschiedenen Gemeinden zahlreiche Zivilschutzanlagen. Durch die tiefe Nutzungsquote fallen für die Gemeinden auch tiefe Entschädigungen an, was den Anreiz zur guten Instandhaltung nicht fördert und deshalb viele nicht in einem guten Zustand sind. Was für Förderungen / Massnahmen wären möglich, um mehr Anreize zu schaffen, damit die Anlagen besser unterhalten werden? Wie könnte sich der Bund an den Kosten, trotz tiefer Belegungsquote, besser und fairer beteiligen?

Antwort

Gemäss den geltenden rechtlichen Grundlagen nehmen die Kantone die Bedarfsplanungen für die Schutzanlagen (Kommandoposten und Bereitstellungsanlagen) vor.

Das BABS hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein Konzept zum Werterhalt der Schutzbauten erarbeitet. Dieses sieht vor, dass die Kantone ihre Bedarfsplanungen aktualisieren und dabei nur noch betriebs- und einsatzbereite Schutzanlagen berücksichtigen, welche im Falle einer Katastrophe, Notlage oder eines bewaffneten Konflikts als Führungsstandorte und Logistikbasen tatsächlich genutzt werden. Damit soll erreicht werden, dass diese Schutzanlagen besser unterhalten und für einen Einsatz bereit gehalten werden.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7272 Imboden

Myanmar: Schweiz soll sich im UNO-Sicherheitsrat für Aufnahme von Flugzeugtreibstoff auf Gütersanktionsliste einsetzen

Ist der Bundesrat bereit sich im Rahmen seines Einsitzes in den UNO-Sicherheitsrat 2023/2024 dafür einzusetzen, dass Flugzeugtreibstoff auf die Gütersanktionsliste aufgenommen wird? Zwar hat die Schweiz nach dem Militärputsch vom 1. Februar 2021 die Sanktionen gegen Myanmar übernommen, davon sind aber der Verkauf und die Lieferung von Treibstoffen für den Luftverkehr an die Junta ausgeschlossen, obwohl dieser zur Bombardierung der Zivilbevölkerung eingesetzt wird.

Réponse

Les principes de la politique suisse en matière de sanctions sont établis dans la loi sur les embargos. Ils permettent au Conseil fédéral d'édicter des mesures de coercition pour appliquer les sanctions visant à faire respecter le droit international public – en particulier les droits de l'homme – décrétées par l'Organisation des Nations Unies ou par l'Union européenne. La loi sur les embargos ne permet en revanche pas au Conseil fédéral d'édicter des mesures de manière autonome.

Les mesures de coercition actuelles à l'encontre du Myanmar proviennent de l'UE, et non de l'ONU. En 2018, soucieux face aux violations systématiques des droits de l'homme, le Conseil fédéral a durci les sanctions à l'encontre du Myanmar en s'alignant sur les mesures de l'UE. Celles-ci ne prévoient pas de limitations sur la fourniture de kérosène. Par conséquent, la Suisse ne connaît pas non plus d'interdictions liées à la livraison de kérosène à destination du Myanmar.

Etant donné la constellation géopolitique, le Conseil de sécurité de l'ONU n'a jamais pu se mettre d'accord sur des sanctions à l'encontre du Myanmar. Néanmoins, la Suisse s'engage au Conseil de sécurité dans le cadre de la situation au Myanmar. Lors des trois séances qu'il lui a consacrées cette année, la Suisse a condamné fermement les violations du droit international humanitaire et exigé la fin de la violence, un dialogue inclusif, et la garantie d'accès humanitaire.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7280 Haab

Auffüllen der Pflichtlager mit pflanzlichem Öl, wie will der Bund dies bewerkstelligen?

Für die Erweiterung der Pflichtlager um 9000t pflanzliches Öl, werden ca. 9000 ha LN benötigt.

Wie wird ein geregelter Flächenausbau der Ölsaaten gewährleistet?

Wir befinden uns innerhalb der Landwirtschaft auf dem Absenkpfad PSM, wie werden in Zukunft Erträge abgesichert?

Ohne Saatgut ist kein Anbau möglich, woher soll das Saatgut in einer Mangellage kommen?

Réponse

Les entreprises qui importent ou mettent pour la première fois sur le marché suisse des biens soumis au stockage obligatoire dans des quantités supérieures à un certain seuil sont astreintes au stockage. L'obligation de stocker peut être assurée par la constitution de réserves de marchandises importées ou produites dans le pays. L'Approvisionnement économique du pays (AEP) ne prévoit pas de prescriptions en la matière et laisse aux entreprises la liberté de choisir comment elles souhaitent procéder. S'agissant des semences, le Conseil fédéral a prescrit dans l'ordonnance sur le stockage obligatoire de semences (RS 531.215.61) la constitution de réserves obligatoires de semences de colza permettant de couvrir les besoins durant une année. Il est prévu que la constitution des réserves en question soit complétée d'ici à 2025.

Pour assurer les rendements, il est notamment possible de cultiver des variétés plus robustes, d'optimiser la rotation des cultures et d'utiliser des modèles de prévision. Le recours à des produits phytosanitaires autorisés peut compléter ces mesures. Les récoltes sont en outre directement affectées par des phénomènes météorologiques extrêmes, et indirectement par des nuisibles. Agroscope, notamment, mène de nombreuses activités de recherche à cet égard.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7302 Binder

Wann unterbindet der Bundesrat endlich die Propaganda- und Desinformation russischer Sender in der Schweiz im Interesse der allgemeinen Sicherheit?

Die EU hat 2022 die Verbreitung russischer Staatsmedien unterbunden, einschliesslich Kabel, Satellit, Webseiten oder Apps. Kriegspropaganda und Desinformation des russischen Aggressors bilde einen Missbrauch der Redefreiheit und tangiere die Sicherheit. Zwar teilt der Bundesrat die Beurteilung dieser Medien, lässt sie jedoch trotzdem ungehemmt zu. Ist der Bundesrat bereit, für die Schweiz als Teil der gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen in Europa eine Neubeurteilung vorzunehmen?

Réponse

Le 25 mars 2022, le Conseil fédéral a décidé de ne pas reprendre la mesure de l'UE concernant la diffusion des contenus de certaines chaînes russes, notamment Sputnik et Russia Today. Même si ces canaux sont des outils de propagande et de désinformation de la Fédération de Russie, le Conseil fédéral est convaincu qu'il est plus efficace, pour contrer des affirmations inexactes et dommageables, de leur opposer des faits plutôt que de les interdire.

En revanche, la Suisse a repris les sanctions financières à l'encontre d'un certain nombre de portails et agences médiatiques russes. De même, le Conseil fédéral a adopté les interdictions relatives à la publicité dans certains médias russes. Cette interdiction touche actuellement 15 chaînes russes, dont Sputnik et Russia Today.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7304 Walliser

Sind die Panzerrückverkäufe konsequent?

Der Bundesrat beschloss 25 Panzer an den Hersteller zurück zu verkaufen, damit dieser über die weitere Verwendung entscheiden kann. Heisst das der Bundesrat würde nicht weiter intervenieren, wenn diese Panzer an Tochterfirmen in Saudi-Arabien oder der Türkei weiterverkauft würden und von dort aus z.B. im Jemen-Krieg oder gegen kurdische Rebellen eingesetzt werden oder gibt es hier eine einseitige Ukraine-Ausnahme nur für Ringtausch-Teilnehmerstaaten? Wäre dies mit der Neutralität vereinbar?

Réponse

Le Conseil fédéral n'a pas décidé de vendre les 25 chars de combat Leopard 2 ni de les mettre hors service. Il a uniquement soutenu la proposition de mise hors service de la Commission de politique de sécurité du Conseil national. Une telle décision relève en effet de la compétence du Parlement.

Si le Parlement décide de mettre ces 25 chars hors service, une demande d'exportation d'armasuisse devra ensuite être soumise au SECO pour autorisation. La demande sera soumise au Conseil fédéral pour décision, en raison de sa portée considérable sur le plan de la politique extérieure, conformément à l'article 29 al. 2 de la loi fédérale sur le matériel de guerre.

Le Conseil fédéral devra ensuite évaluer la demande sur la base des critères d'autorisation figurant à l'article 22a de la loi sur le matériel de guerre. Dans ce cadre, il prendra en compte la lettre adressée le 23 février 2023 par les Ministres allemands de l'économie Robert Habeck et de la défense Boris Pistorius à la cheffe du DDPS Viola Amherd, dans laquelle ils se sont engagés à ne pas transférer les chars en question à l'Ukraine, mais à les garder pour l'Allemagne ou pour d'autres partenaires de l'OTAN ou de l'UE désireux de compléter leur propre armement.

Dans le cadre de son évaluation, le Conseil fédéral examinera également la question de la compatibilité avec la neutralité.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7312 Molina

Sudan: Kriegsfinanzierung durch Schweizer Goldgewinne

Seit Mitte April herrschen im Sudan schwere Kämpfe. In diesem Zusammenhang berichteten Schweizer Medien über Gold, welches aus dem Sudan über Dubai in die Schweiz gelangt. Wie engagiert sich die Schweiz, um den Frieden im Sudan wiederherzustellen? In welchem Ausmass gelangt Gold aus dem Sudan in die Schweiz? Profitiert davon Russland? Welche Massnahmen zieht der Bundesrat in Betracht, um die Finanzierung von Konflikten über Goldgewinne zu stoppen?

Réponse

Depuis le début de la guerre, la Suisse a proposé à plusieurs reprises ses services de médiation aux parties au conflit. Elle est en contact avec tous les acteurs nationaux et internationaux concernés et salue en particulier les initiatives de paix des Etats voisins du Soudan, de l'Autorité intergouvernementale pour le développement en Afrique de l'Est et de l'Union africaine. Elle s'engage également de manière conséquente au sein du Conseil de sécurité de l'ONU en faveur d'un cessez-le-feu, de l'accès humanitaire et du retour à un processus démocratique au Soudan.

La statistique du commerce extérieur suisse indique qu'il n'y a pas eu d'importation d'or soudanais en Suisse depuis 2014. Il est toutefois important de rappeler que l'absence d'importation d'or soudanais selon les statistiques n'exclut pas que de l'or en provenance du Soudan ait été raffiné à l'étranger puis importé en Suisse. En effet, en cas de transformation dite substantielle, le pays où la transformation a eu lieu est considéré comme pays d'origine. La statistique du commerce extérieur suisse, qui est fondée sur des standards méthodologiques internationaux, ne permet pas d'identifier précisément les liens entre notre pays, le Soudan et la Russie dans le commerce de l'or. Cependant, à notre connaissance, ils sont ténus sinon inexistantes.

Conscient du rôle important de la Suisse dans le commerce mondial de l'or, le Conseil fédéral prend au sérieux le risque de financement de conflits au travers du secteur aurifère. Le 1^{er} janvier 2022 est entrée en vigueur l'*Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence en matière de minerais et de métaux provenant de zones de conflit et en matière de travail des enfants*. Celle-ci exige des entreprises important ou traitant notamment de l'or issu de zones de conflit qu'elles vérifient tout au long de la chaîne d'approvisionnement qu'il n'y ait pas de risque de financement de conflits. Cette ordonnance est venue compléter un dispositif introduit dans le Code des obligations le 1^{er} janvier 2021 exigeant la publication des montants versés par les entreprises extractives suisses aux Etats concernés.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7315 Glanzmann

Erschwert das SECO die Minenräumarbeiten in der Ukraine?

30% der Ukraine ist mit Kampfmitteln verseucht. Deren Räumung stellt eine Herkulesaufgabe dar. Hierzulande gibt es spezialisierte Firmen, die Minenräumgeräte produzieren, die sich für diese Aufgabe bestens eignen. Das SECO scheint aber alles daran zu setzen, damit der Export dieser Fahrzeuge mit hohen bürokratischen Hürden verbunden ist. Warum wirft das SECO der Privatwirtschaft hier Stöcke zwischen die Beine, obwohl diese Minenräumgeräte der ukrainischen Bevölkerung zugutekommen würden?

Réponse

Les véhicules télécommandés de déminage humanitaire fabriqués en Suisse sont spécialement conçus pour la destruction des mines, des engins explosifs improvisés (EEI) et des restes explosifs de guerre. En tant que biens à double usage, ils sont soumis à des mesures internationales de contrôle des exportations. Cette catégorie spécifique de biens doit faire l'objet de contrôles internationaux depuis une époque bien antérieure à la guerre en Ukraine. La vente, la livraison, l'exportation de ces véhicules télécommandés fabriqués en Suisse, ainsi que la fourniture de services de toutes sortes en rapport avec ces derniers, sont soumises à des restrictions en vertu de l'article 4 de l'ordonnance du 4 mars 2022 instituant des mesures en lien avec la situation en Ukraine (RS 946.231.176.72). Le Conseil fédéral prévoit toutefois à l'article 6 des exceptions aux interdictions ; l'exception de l'alinéa 1, let. a s'applique entre autres aux biens à double usage destinés au déminage humanitaire.

A ce jour, une seule demande d'exportation pour des véhicules télécommandés a été adressée au SECO en vertu de l'ordonnance sur le contrôle des biens (OCB ; RS 946.202.1). Celle-ci a été approuvée par le SECO en novembre 2022 après consultation du DFAE. Aucune autre demande d'exportation n'a été déposée à l'heure actuelle. D'autres demandes d'exportation vers l'Ukraine de véhicules de déminage à double usage pour le déminage humanitaire pourraient être approuvées conformément aux dispositions de la législation sur les embargos et le contrôle des biens.



Dans un autre cas, une entreprise suisse voulait livrer des véhicules de déminage à double usage de l'Allemagne vers l'Ukraine. Les prestations connexes de vente et de formation à l'étranger fournies depuis la Suisse n'étaient pas soumises à des restrictions ou à des procédures d'autorisation selon la loi sur les embargos et le contrôle des biens. Ces activités ont été autorisées au début de cette année par le DFAE, en charge de la loi fédérale sur les prestations de sécurité privées fournies à l'étranger (LPSP; RS 935.41), après consultation du SECO et du DDPS.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7320 Marti Samira

Kaufkraft-Schock aufgrund des steigenden Referenzzinssatzes

Viele Mietzinse drohen aufgrund des steigenden Referenzzinssatzes auf 1,5 Prozent per 1.6.2023 drastisch anzusteigen. Bereits heute geben Haushalte mit tiefen Einkommen über einen Viertel ihres Bruttoeinkommens alleine für die Wohnkosten aus. Was tut der Bundesrat, um diesen Kaufkraft-Schock abzufedern?

Question 23.7332 Schneider Schüttel

Überdurchschnittliche Teuerung - was tut der Bundesrat, um die Menschen zu entlasten?

Es ist davon auszugehen, dass neben der allgemeinen Teuerung auch die Krankenkassenprämien und die Mieten für viele Menschen dieses Jahr überdurchschnittlich steigen werden. Was tut der Bundesrat? Lässt er die Menschen alleine?

Question 23.7335 Bendahan

Comment protéger la classe moyenne et les ménages modestes des hausses de charges et de taux?

Que prévoit le Conseil fédéral pour protéger la classe moyenne et les ménages modestes de l'impact cumulé de la hausse brutale des taux d'intérêts et des charges liées au logement? Prévoit-il une solution pour que les propriétaires qui ont encaissé des loyers trop élevés par le passé fassent un effort?

Question 23.7337 Dandrès

Hausse des loyers, des mesures urgentes s'imposent!

Certain.es expert.es prévoient que le taux de référence pourrait augmenter 2 à 3 fois d'ici à fin de l'année prochaine. De nombreux loyers deviendront alors impossibles à payer pour les locataires en place. Que fait le Conseil fédéral pour y remédier et protéger les locataires ?

Réponse

Selon la communication de l'Office fédéral du logement du 1^{er} juin 2023, le taux d'intérêt de référence de 1,5 % est en vigueur depuis le 2 juin. Ce sont 0,25 point de pourcentage de plus qu'auparavant. Cela ne signifie pas que les loyers peuvent être augmentés de manière générale. Une augmentation du loyer de 3 % est autorisée uniquement si le contrat de bail est fondé sur l'ancien taux d'intérêt de référence de 1,25 %. Selon les estimations, c'est le cas d'environ la moitié des baux. Cela concerne en grande partie des baux pour lesquels les baisses passées du taux d'intérêt de



référence ont été répercutées. Comme il s'agit de la première augmentation depuis l'introduction du taux d'intérêt de référence, on ne dispose pas d'expérience pour savoir dans quelle mesure les bailleurs augmentent effectivement les loyers.

De manière générale, on constate que le pouvoir d'achat des ménages suisses a évolué de manière relativement stable ces dernières années. L'inflation a été modérée en comparaison internationale. Parallèlement, le marché du travail a connu une évolution favorable. Les derniers résultats du PIB au premier trimestre montrent que la demande de consommation des ménages a nettement augmenté malgré la hausse des prix. Pour les ménages à faible revenu, il existe en Suisse un vaste réseau de sécurité sociale. Le Conseil fédéral a augmenté les rentes AVS et AI au 1^{er} janvier 2023. Dans ce contexte, le Conseil fédéral estime que des mesures spécifiques ne sont pas indiquées.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7325 Klopfenstein Broggin **Agroforesterie moderne : de quelles données la Suisse a encore besoin ?**

Le Conseil fédéral estime qu'avant d'examiner une promotion de l'agroforesterie moderne, il est indispensable d'attendre les évaluations du projet Agro4estérie, soit 2028. De son côté, la France a initié en 2021 un plan de promotion de l'agroforesterie doté de 50MM € et d'un accompagnement économique et technique.

Quels autres pays d'Europe ont initié des mesures de promotion de l'agroforesterie moderne, sous quelle forme? Pourquoi leurs expériences et informations ne suffisent pas à la Suisse?

Réponse

En Suisse, le Groupe d'intérêt (GI) Agroforesterie joue un rôle central dans la promotion des mesures agroforestières. Il se charge entre autres d'intégrer les expériences faites par d'autres pays dans le projet d'utilisation durable des ressources Agro4estérie. Ce projet cherche à acquérir des connaissances techniques, mais s'intéresse également aux aspects économiques et juridiques, à la faisabilité et à l'acceptation des mesures. Ces aspects, ainsi que la structure des exploitations agricoles locales, peuvent être très différents de ceux d'autres pays. De plus, l'agroforesterie doit être coordonnée avec les mesures existantes afin de garantir la cohérence du système de politique agricole, d'exclure les interactions et les effets d'aubaine et de permettre une mise en œuvre simple sur le plan administratif. C'est pourquoi il est judicieux d'intégrer les résultats issus du projet d'utilisation durable des ressources au développement d'un système de production agroforestier dans le cadre de l'évolution de la politique agricole PA30+, et de veiller à ce que ces résultats s'harmonisent avec les lignes stratégiques de la PA30+.

La politique agricole commune (PAC) de l'UE permet aux pays membres de soutenir financièrement les mesures agroforestières. Par le biais du premier pilier, appelé EcoSchemes, l'Allemagne, l'Irlande et la Pologne encouragent aujourd'hui de tels systèmes. Les fonds du deuxième pilier, soit l'aide à l'investissement, peuvent être utilisés dans tous les pays de l'UE. La France promeut l'agroforesterie via un plan directeur national indépendant de la PAC.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7333 Dandrès

Sanctions contre le régime de Poutine: quelle est l'ampleur du « ring fencing » ?

En mars, lors du débat sur la motion 22.4279 pour combler les failles permettant de contourner les sanctions contre le régime de Poutine, M. Parmelin a indiqué que le "ring fencing" était utilisé "lorsque cela est nécessaire" et qu'il transmettrait les détails au Conseil. La question est actuelle vu la réaction du G7.

Quel est le nombre de cas? Qui sont les bénéficiaires ? Pourquoi le Conseil fédéral a-t-il jugé, pour chaque cas, qu'il fallait déroger dans les faits aux sanctions?

Réponse

Il faut souligner d'abord que le *ring fencing* ne peut pas être utilisé pour contourner les sanctions, comme certains voudraient le faire croire. Au contraire, il sert précisément à permettre à des entreprises proches de personnes ou d'entités sanctionnées, mais qui ne sont pas elles-mêmes visées par les sanctions, de poursuivre leurs activités. Cette pratique est parfaitement conforme à la loi sur les embargos ainsi qu'aux meilleures pratiques de l'UE. Celles-ci prévoient la possibilité d'un *ring fencing*. Plusieurs États membres de l'UE travaillent dans la même direction et échangent régulièrement des informations à ce sujet – y compris avec la Suisse.

Le SECO procède à des clarifications approfondies dans chaque cas. Comme le Conseil fédéral l'a souligné dans sa réponse à la question 22.8008, dans moins d'une poignée d'entre eux, le *ring fencing* a été autorisé. Dans chaque situation, le SECO contrôle le respect des sanctions par les entreprises concernées, par exemple à travers un audit externe accompagné par le SECO. Pour des raisons de protection des données, aucune information ne peut être fournie sur les cas individuels.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7334 Molina

Tatenlosigkeit des Bundesrates gegen illegal hohe Mieten

Erwiesenermassen werden in der Schweiz oft missbräuchliche Mieten verlangt, die über dem gesetzlich Zulässigen liegen. Durch die drohende Erhöhung des Referenzzinssatzes dürfte sich dieser Missstand kurzfristig noch erhöhen. Was tut der Bundesrat, um in der aktuellen Situation die gesetzmässige Überprüfung der Mieten durch die Mietenden zu erleichtern?

Réponse

Selon la communication de l'Office fédéral du logement du 1^{er} juin 2023, le taux d'intérêt de référence de 1,5 % est en vigueur depuis le 2 juin. Ce sont 0,25 point de pourcentage de plus qu'auparavant. Une augmentation du loyer de 3 % est autorisée uniquement si le contrat de bail est fondé sur l'ancien taux d'intérêt de référence de 1,25 %. Selon les estimations, c'est le cas d'environ la moitié des baux. Cela concerne en grande partie des baux pour lesquels les baisses passées du taux d'intérêt de référence ont été répercutées. Les loyers ne peuvent pas être augmentés lorsque les précédentes baisses de loyer n'ont pas été répercutées.

Le 1^{er} juin 2023, l'Office fédéral du logement a informé les médias, à l'occasion d'un point de presse, sur les possibilités qu'ont les locataires de faire vérifier les éventuelles augmentations de loyer. Des « questions et réponses » sont également disponibles sur le site web de l'OFL.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7344 Dandrès

Impact de la hausse du taux de référence sur les loyers : le Conseil fédéral va-t-il agir ?

Hausse du taux de référence et inflation sont 2 critères de majoration de loyer. L'impact de la hausse du taux d'intérêt de référence sur les loyers est un choix politique du CF. Le schéma du CF à l'art. 13 al. 1 OBLF est favorable aux bailleurs et ne tient pas suffisamment compte du niveau actuel de très nombreux loyers qui menace le logement des ménages. Le CF entend-il modifier ce schéma ?

Réponse

Selon l'article 269a let. b du Code des obligations, ne sont en règle générale pas abusifs les loyers qui sont justifiés par des hausses de coûts. Ce principe est précisé dans l'Ordonnance sur le bail à loyer et le bail à ferme d'habitations et de locaux commerciaux, l'OBLF. Selon l'article 12 al. 1 OBLF, sont réputées hausses de coûts notamment les augmentations du taux hypothécaire ; l'article 12a al. 1 précise que pour cela un taux de référence est établi. Quant aux taux d'augmentation, ils sont déterminés dans l'article 13 OBLF qui est visé dans la question : une augmentation du taux hypothécaire de $\frac{1}{4}$ de point de pourcentage donne droit, en règle générale, à une hausse maximum de loyer de 3 % si les taux hypothécaires sont inférieurs à 5%. S'il se produit une baisse du taux hypothécaire, le loyer doit être réduit en proportion. Pour la réduction, le contre-calcul aboutit à une correction de 2,91 %. Contrairement à ce qui est suggéré dans la question, il s'agit donc d'une disposition équilibrée qui répond également aux intérêts des deux parties. En particulier, cette règle a eu pour conséquence que dans le bail existant les locataires ont eu droit à une réduction du loyer à plusieurs occasions, en raison des différentes baisses du taux de référence depuis son entrée en vigueur en 2008. De plus, si le loyer actuel est encore fondé sur un taux d'intérêt de référence de 1,5 % ou plus, une augmentation de loyer motivée par la hausse du taux d'intérêt de référence n'est pas admissible. Pour ces raisons, le Conseil fédéral est convaincu qu'il n'y a pas de nécessité d'ajuster l'OBLF. Enfin, en ce qui concerne le niveau du loyer en général, il faut souligner que le locataire qui estime que le montant du loyer initial est abusif peut le contester dans les 30 jours devant l'autorité de conciliation et demander la diminution si les conditions selon l'article 270 du Code des obligations sont remplies.



Heure des questions du 05 juin 2023

Question 23.7347 Graber

Ist die ETH politisch unabhängig oder betreibt sie Klimapropaganda?

Im sogenannten «Zukunftsblog» der ETH Zürich, welcher auf der Einstiegs-Website des Instituts zu finden ist, finden sich regelmässig politisch einseitig gefärbte Artikel. Insbesondere Befürworter des Klimaschutzgesetzes, über welches am 18. Juni 2023 abgestimmt wird, kommen hier zu Wort, während anderen Meinungen von Mitarbeitern der ETH kein Raum gegeben wird. Ein weiteres Beispiel für das politisch voreingenommene Wirken der ETH ist das Interview von Prof. Didier Sornette in der NZZ vom 07.07.2022 («Risikoforscher hält Schweizer Energiewende für Wunschdenken»). Dieses wurde von der ETH nirgends beworben, während der unfundierte Gegenschlag der anderen politischen Seite sowohl auf der Website der ETH wie auch auf Social Media beworben wurde. Zudem scheint die ETH nicht einzuschreiten, wenn Professoren die Arbeit ihrer Kollegen öffentlich zu diskreditieren versuchen. So hat Prof. Reto Knutti am 08.05.2023 ein Interview von Prof. Andreas Züttel in der SonntagsZeitung auf der Plattform Twitter als «extrem problematisch» bezeichnet. Seine haarsträubende Begründung im Wortlaut: «Die Grenze zwischen unterschiedlichen plausiblen Interpretationen und Schwachsinn ist fließend.»

Wie steht der Bundesrat zu dieser politischen Einseitigkeit und sieht er eine Gefährdung der Reputation der ETH? Kann diese Voreingenommenheit Auswirkungen auf den Fortschritt der Forschung haben?

Réponse

Le Conseil fédéral attend du Domaine des EPF qu'il entretienne le dialogue avec la société et qu'il rende les connaissances scientifiques accessibles à un large public de manière compréhensible (Objectifs stratégiques du Conseil fédéral pour le Domaine des EPF 2021-2024).

Le Domaine des EPF entend mener un dialogue proactif et ouvert avec la société. Des instruments tels que le "Zukunftsblog" de l'EPFZ permettent aux chercheurs de s'exprimer sur des sujets importants pour la société et d'esquisser leurs idées pour l'avenir. Ces contributions reflètent les opinions personnelles des auteurs. Le blog est ouvert à tous les chercheurs de l'EPFZ.

Le Conseil fédéral considère que la communication de l'EPFZ est conforme au principe constitutionnel de la liberté de la recherche scientifique et de l'enseignement, qui constitue la base du progrès de la recherche.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7268 Pointet

Le Conseil fédéral est-il enfin prêt à modifier l'OPBD ?

Dans sa réponse à mon interpellation 21.4101, le Conseil fédéral ne juge pas nécessaire de modifier l'OPBD pour donner la possibilité aux exploitants de piscine d'utiliser de l'eau non potable comme eau de renouvellement. La situation est loin de s'améliorer et la Toscane se prépare à interdire carrément l'utilisation d'eau potable pour les piscines. Le Conseil fédéral est-il prêt à revenir sur sa position et à modifier l'OPBD ?

Réponse

La législation ne prévoit pas l'obligation d'utiliser de l'eau potable pour les installations de baignade. Il est possible d'utiliser une eau autre que l'eau potable pour remplir les bassins, à condition qu'elle satisfasse aux exigences spécifiques applicables à l'eau de baignade, prévues dans l'ordonnance du DFI sur l'eau potable et l'eau des installations de baignade et de douche accessibles au public (OPBD). Une modification de l'OPBD n'est donc pas nécessaire.

Sur la base des dernières statistiques disponibles sur l'eau potable, qui datent de l'année d'exploitation 2021, il n'est pas non plus nécessaire de légiférer pour protéger les sources d'approvisionnement, car la consommation d'eau potable à l'échelle nationale et la quantité d'eau potable utilisée pour les piscines publiques sont stables.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7276 Glarner Verursachte Belastung der Sozialwerke durch Ukrainer?

Wie viele Ukrainer (mit Status-S sowie übrige Ukrainer) beziehen Gelder aus der AHV und/oder Ergänzungsleistungen und wie hoch werden die geschätzten Aufwendungen für das Jahr 2024, bei nicht ändernder Anzahl ukrainischer Bezüger und Bezügerinnen, sein?

Antwort

228 ukrainische Staatsangehörige haben im Dezember 2022 eine AHV-Rente bezogen. Die Rentensumme betrug im Jahr 2022 2 Mio. Franken. Bei gleichbleibender Anzahl Leistungsbezüger werden die Aufwendungen für das Jahr 2024 auf 2.1 Mio. Franken geschätzt.

Im Dezember 2022 haben 73 ukrainische Staatsangehörige Ergänzungsleistungen zur AHV bezogen. Die Summe der Ergänzungsleistungen belief sich im Jahr 2022 auf 1.1 Mio. Franken. Für 2024 werden die Kosten bei gleichbleibender Anzahl Leistungsbezüger ebenfalls auf 1.1 Mio. Franken geschätzt.

Personen mit Schutzstatus S können nicht ausgeschieden werden. Bei dieser Personengruppe dürfte ein Bezug von AHV und EL-Leistungen aufgrund der Anspruchsvoraussetzungen nur in sehr wenigen Fällen möglich sein.

Renten der AHV und Ergänzungsleistungen werden an ukrainische Staatsangehörige nicht exportiert.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7277 Glarner

Sind AHV-Zahlungen an Flüchtlinge international aufgezwungene Verpflichtungen?

Jede Person ist in der Schweiz berechtigt, eine AHV-Rente zu beziehen solange diese Person während eines vollen Jahres Beiträge geleistet hat (AHVG, Art. 29 Abs. 1).

Gibt es internationale Verpflichtungen, welche die Schweiz zwingen, dieses Prinzip auch für ausländische Personen (z.B. Flüchtlinge) umzusetzen und falls ja, welche?

Antwort

Das von der Schweiz ratifizierte Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge verpflichtet die Schweiz, Flüchtlinge in Bezug auf die Sozialversicherungen gleich zu behandeln wie Einheimische. Diese Verpflichtung gilt nur für anerkannte Flüchtlinge. Für Asylbewerber sowie für ausländische Staatsangehörige, die vorläufig in der Schweiz aufgenommen worden sind, sowie für Personen mit Schutzstatus S gilt das Abkommen nicht.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7285 Lohr

Selbstbestimmtes Wohnen – Wieso fehlen Massnahmen?

Der Bundesrat hat im März 2023 eine Vernehmlassungsvorlage zur Behindertenpolitik bis Ende 2023 angekündigt. Dabei sind beim Thema Wohnen keine verbindlichen Massnahmen in Aussicht gestellt worden. Dies obwohl das selbstbestimmte Wohnen ein Hauptanliegen von Menschen mit Behinderungen und der Uno-Behindertenrechtskonvention darstellt. Warum besteht hier eine Lücke? Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass das Thema prioritär und mit verbindlichen Massnahmen angegangen werden muss?

Antwort

Das Thema Wohnen ist auch aus Sicht des Bundesrats zentral. Er hat daher das EDI beauftragt, bis Ende 2023 eine Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes zu erarbeiten und dabei zu prüfen, ob auch das selbstbestimmte Wohnen von Menschen mit Behinderungen mit gesetzlichen Vorgaben verbessert werden kann. Darüber hinaus hat der Bundesrat das EDI beauftragt, bis Ende 2023 ein Programm zum Thema Wohnen vorzulegen. Dieses zielt darauf ab, dass der Bund und weitere zentrale Akteure gemeinsam die Wahlfreiheit von Menschen mit Behinderung beim Wohnen fördern, eine bedarfsgerechte und individuell gewählte Unterstützung beim Wohnen ermöglichen sowie die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Alltag verbessern.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7288 Feller

Restriction de la publicité pour les aliments sucrés s'adressant aux enfants: le Parlement aura-t-il son mot à dire?

Selon la Sonntagszeitung du 5 mars 2023, (OSAV) veut réglementer plus strictement la publicité pour les aliments gras, sucrés et salés qui s'adresse aux enfants. L'OSAV a d'ores et déjà commandé un rapport en la matière. Est-ce que les conclusions du rapport commandé par l'OSAV seront rendues publiques ? Si oui, quand ? Est-ce que la réglementation envisagée prendra la forme d'une loi fédérale ?

Réponse

L'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires a commandé à la Haute école de gestion de Neuchâtel un monitoring du marketing numérique concernant les aliments trop riches en sucres, sel et graisses destinés aux enfants. Le rapport sera publié à la fin du mois de juin de cette année.

D'éventuelles mesures concernant la publicité pour les aliments trop gras, trop sucrés et trop salés destinés aux enfants devraient se fonder sur une base légale, encore à créer, dans la loi sur les denrées alimentaires et les objets usuels.



Fragestunde vom 05. Juni 2023

Frage 23.7294 Roth Franziska

Ohne Tätigkeitsbericht des EBGB weniger Fortschritt bei der UN-Behindertenkonvention?

Das Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB hat für das Jahr 2022 keinen Tätigkeitsbericht verfasst.

Welches sind die Gründe?

Wieviel wurde 2022 ausbezahlt von den zur Verfügung stehenden CHF 2 Mio.?

Wofür wurde das Geld verwendet?

Soll auch im Jahr 2023 kein Tätigkeitsbericht veröffentlicht werden?

Antwort

Der Bericht des EBGB zu den Finanzhilfen zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen 2022 wurde Ende April 2023 veröffentlicht. Er findet sich auf der Internetseite des EBGB. Der Bericht zeigt auf, dass der Kredit praktisch vollständig ausgeschöpft wurde. Eine Übersicht über alle unterstützten Projekte findet sich auf der Internetseite des EBGB. Der Bericht zu den Finanzhilfen 2023 ist für den Frühling 2024 vorgesehen.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7300 Addor

Drag Queen financé par la Confédération pour faire de la lecture à des enfants?

Bibliomedia est une fondation de droit public qui œuvre pour la promotion de la lecture sur mandat de la Confédération. Parmi ses « animations pour les écoles », la fondation propose des lectures destinées aux enfants faites par un Drag Queen. Le Conseil fédéral estime-t-il que ces lectures, qui sont en train de soulever une vague d'indignation, sont conformes au mandat de cette fondation ? Si oui, en quoi ?

Réponse

Bibliomedia a pour mission d'œuvrer à la promotion de la lecture et au développement des bibliothèques de lecture publique. Son mandat est défini dans un contrat de prestations avec l'Office fédéral de la culture.

En particulier, Bibliomedia a le mandat de soutenir les bibliothèques dans leur mission d'accueil du public et de diffusion de la culture. Dans ce cadre, chaque bibliothèque est libre dans la programmation d'événements de diffusion.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7301 Addor

Mauvais usage des fonds publics par Bibliomedia

Sur son site internet, Bibliomedia affirme être "soutenue de manière significative par l'OFC". Si le Conseil fédéral estimait que la fondation utilise ses moyens de manière non conforme au mandat qui lui est confié, quelles mesures pourrait-il prendre pour corriger cela ? Pourrait-il réduire son financement ou le conditionner à l'arrêt de certaines activités sans lien clair avec la promotion de la lecture ?

Réponse

Dans le cadre du soutien aux organisations actives dans le domaine de la promotion de la lecture, l'Office fédéral de la culture a conclu avec Bibliomedia un contrat de prestations pour les années 2021 à 2024, qui définit les objectifs et les tâches.

Le contrat de prestations prévoit qu'en cas de mauvaise exécution ou de non-exécution par le bénéficiaire de l'aide financière, l'OFC peut réduire les moyens ou exiger le remboursement des aides financières.

Le Conseil fédéral estime que les activités actuelles de Bibliomedia sont conformes au mandat qui lui est confié [voir réponse à la question 23.7300].



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7303 Wyss

Teilbezug für Selbstständige zur Verhinderung von Altersarmut

Für die Selbständigkeit können Vorsorgegelder bezogen werden. Doch viele Firmengründungen gehen wider Erwarten Konkurs. Allein im Jahre 2019 wurden 220 Mio. Franken von Freizügigkeitskonten bezogen. Ist das Altersguthaben bereits auf ein Freizügigkeitskonto überwiesen worden, kann – anders als beim Vorbezug für die Wohneigentumsförderung – nur das gesamte Altersguthaben bezogen werden, auch wenn ein kleinerer Betrag ausreichen würde. Würde ein Teilbezug nicht dem Vorsorgeschutz dienen?

Antwort

Beim Austritt aus der Pensionskasse kann die versicherte Person einen Teil der Austrittsleistung für die Selbständigkeit beziehen und einen Teil auf eine Freizügigkeitseinrichtung übertragen lassen. Befindet sich das Vorsorgeguthaben aber in einer Freizügigkeitseinrichtung, kann es nur gesamthaft bezogen werden; ein Teilbezug ist einzig im Rahmen der Wohneigentumsförderung möglich. Mit einer Ausweitung der Möglichkeit von Teilbezügen könnte Vorsorgeguthaben eventuell erhalten bleiben, falls davon effektiv Gebrauch gemacht würde. Im Rahmen der Reform der Ergänzungsleistungen hatte der Bundesrat eine Einschränkung der Barauszahlungsmöglichkeiten für Selbständigerwerbende vorgeschlagen, diese wurden vom Parlament jedoch verworfen.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7307 Buffat

Financement hospitalier, phase d'introduction terminée ?

Dans le cadre du financement des prestations stationnaires, certains hôpitaux considèrent qu'ils peuvent prolonger indéfiniment la phase d'introduction en invoquant encore et toujours des « situations spéciales » ou des « circonstances exceptionnelles ». Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que, 10 ans après l'entrée en vigueur du nouveau financement hospitalier, il serait temps à présent de considérer cette phase d'introduction comme achevée ?

Réponse

Du point de vue du Conseil fédéral, la phase d'introduction de la structure tarifaire uniforme SwissDRG peut en principe être considérée comme achevée. Les partenaires tarifaires ont été informés pour la première fois de cette position dans le cadre de l'approbation de la version 10.0 de la structure tarifaire SwissDRG.

Cela étant, il incombe en premier lieu aux partenaires tarifaires, dans le cadre des négociations tarifaires individuelles avec les hôpitaux d'encourager une application ordonnée des différents prix de base ou baserates. Il leur appartient donc de tenir compte de la situation respective des hôpitaux concernés.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7308 Buffat

Notre système de santé : vraiment le meilleur ou seulement le plus cher ?

Des instruments mal stérilisés, des appareils qui sauvent des vies et dont on néglige l'entretien, une gestion de la qualité globalement insuffisante dans nos hôpitaux, ainsi qu'un nombre beaucoup trop important d'opérations inutiles. Le Conseil fédéral pense-t-il que notre population, qui paie les dépenses de santé les deuxièmes plus élevées au monde, bénéficie du « meilleur système de santé », ou bien doit-il admettre qu'il s'agit d'abord d'une perception subjective et sans preuves claires ?

Réponse

Le Conseil fédéral considère que la qualité du système de santé a une importance centrale.

A ce titre, la modification de la LAMal entrée en vigueur en 2021 a créé deux nouveaux instruments qui servent à concrétiser et à mettre en œuvre les objectifs du Conseil fédéral en matière de qualité.

Il s'agit d'une part de la Commission fédérale pour la qualité qui conseille les acteurs du système et émet des recommandations visant à développer la qualité. Il s'agit d'autre part des conventions de qualité qui devront être conclues entre les associations de fournisseurs de prestations et d'assureurs. Ces conventions permettent de fixer des normes de qualité obligatoires.

Par ailleurs, dans le cadre de l'admission des fournisseurs de prestations, il est déjà exigé que ces derniers disposent d'un système de gestion de qualité approprié. Actuellement, des discussions ont lieu notamment avec les acteurs du domaine hospitalier pour inclure cette exigence dans les conventions de qualité.

Ainsi, le Conseil fédéral s'attend à ce que la qualité de système de santé suisse soit renforcée au cours des prochaines années.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7309 Buffat

Approbation probable du tarif TARDOC : en toute connaissance de cause?

De nombreux experts craignent que le CF cède à la forte pression de certains milieux et finisse par approuver le nouveau tarif médical TARDOC sans que la neutralité des coûts ne soit garantie et que les multiples lacunes que contient encore le tarif TARDOC ne soient corrigées. Comment le CF entend-il se prémunir contre les pressions de certains milieux défendant des intérêts particuliers et n'approuver le tarif TARDOC que si la neutralité dynamique des coûts est démontrée et garantie ?

Réponse

Le 3 juin 2022, le Conseil fédéral a décidé de ne pas approuver TARDOC 1.3 parce que la structure tarifaire proposée n'a pas rempli suffisamment les exigences légales. Dans son courrier adressé aux partenaires tarifaires, le Conseil fédéral a décrit les conditions qui devront être remplies pour que TARDOC puisse être approuvé. Il s'agit premièrement de la neutralité des coûts (dynamique et statique), qui doit être garantie. Deuxièmement d'un monitoring à long terme, qui est nécessaire pour garantir l'économicité et l'entretien continu. Et troisièmement de concepts détaillés qui doivent être fournis de manière à préciser quand et comment les lacunes de TARDOC identifiées dans le rapport d'analyse de l'OFSP de novembre 2020 sont corrigées. Par conséquent, le Conseil fédéral ne peut approuver une nouvelle version de TARDOC que si ces conditions sont remplies. En outre, sur demande des partenaires tarifaires, l'Office fédéral de la santé publique a procédé à un examen préliminaire de la nouvelle version de TARDOC. Un retour écrit sera communiqué aux partenaires tarifaires jusqu'à mi-juin 2023. L'objectif de cette appréciation est de soutenir les partenaires tarifaires dans leurs efforts afin qu'ils puissent soumettre pour approbation une nouvelle version de TARDOC avant fin 2023.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7321 Lohr

Tabellenlöhne: Hat der Bundesrat die BASS-Ergebnisse richtig gelesen?

Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass das Büro BASS in seinem zusammenfassenden Diskussionspapier vom 7. November 2022 (S. 2) aufgrund seiner empirischen Analyse zum Schluss kommt, dass die Tabellenlöhne pauschal um 17% gesenkt und zusätzlich noch individuelle Abzüge berücksichtigt werden müssen, damit ein Invalideneinkommen resultiert, das tatsächlichen Löhnen von IV-TeilrentnerInnen entspricht?

Antwort

Das Thema Tabellenlöhne ist Gegenstand der Umsetzung der Motion SGK-N 22.3377 «Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads». Diese Vorlage ist derzeit in der Vernehmlassung, die bis am 5. Juni 2023 dauert. Der Bundesrat wird die Stellungnahmen analysieren und allfällige Anpassungen an der Vorlage prüfen. Die zuständigen Kommissionen werden zur Vorlage konsultiert werden.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7324 Porchet

Comment expliquer l'augmentation des modèles de prix secrets pour les médicaments?

Selon un jugement du TAF (A 3649/2014), la fixation du prix d'un médicament n'est pas un secret commercial. Le PFPDT va également dans le sens de la divulgation d'informations concernant les modèles de prix. En automne 2022, le Parlement a réaffirmé l'importance du principe de transparence (IP 16.432). Comment le Conseil fédéral explique-t-il que, malgré l'absence de base légale (message CF 7.9.22), l'OFSP a déjà initié des rabais secrets et les a même fortement intensifiés entre 2019 et 2023?

Réponse

Aujourd'hui, le cadre légal existant dans la loi sur l'assurance-maladie permet déjà l'application de modèles de prix. La réglementation doit toutefois être consolidée pour garantir la sécurité du droit et une pratique uniforme. A ce titre, le Conseil fédéral propose dans le cadre du deuxième volet de mesures visant à maîtriser les coûts, que les bases légales autorisant les modèles de prix soient renforcées.

Depuis quelques années et pour un petit nombre de médicaments très onéreux, la mise en œuvre de modèles de prix est nécessaire afin de garantir un accès rapide et à des prix économiques. Dès lors que les prix effectivement remboursés à l'étranger pour ces médicaments sont confidentiels, la Suisse a également été contrainte d'appliquer des modèles de prix. Sans ces modèles de prix, l'accès à ces thérapies vitales ne pourrait pas être garanti, ou alors à des prix trop élevés.

La question de savoir si l'accès au contenu de ces modèles de prix confidentiels peut être restreint, en application des dispositions de la Loi fédérale sur le principe de la transparence dans l'administration fait actuellement l'objet de procédures judiciaires. Ces cas comprennent des circonstances et des caractéristiques qui ne sont pas comparables à la situation prévalant dans le cadre de l'arrêt du TAF cité.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7345 Lohr

Wieso drückt das BSV beide Augen zu und schliesst weiterhin Verträge mit der PMEDA ab?

Das BSV hat im Mai allein in der Deutschschweiz mit 22 Gutachterstellen einen Vertrag für die Erstellung von polydisziplinären Gutachten abgeschlossen. Darunter ist auch die PMEDA, deren Ärzte im Zusammenhang mit ihren Begutachtungen in Strafverfahren verwickelt sind. Ist dies bei den anderen 21 Gutachterstellen der Deutschschweiz auch der Fall? Wieso drückt das BSV bei der PMEDA beide Augen zu und beliefert sie weiterhin mit lukrativen Gutachteraufträgen?

Antwort

Die Strafverfahren gegen Sachverständige der PMEDA sind weiterhin hängig, und es gilt die Unschuldsvermutung. Strafverfahren bei weiteren Gutachterstellen sind dem Amt nicht bekannt.

Das BSV hat im Rahmen der Einführung der neuen Tarifvereinbarung für polydisziplinäre Gutachten per 1. Februar 2023 PMEDA im Hinblick auf die neuen fachlichen, organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen einschliesslich die seit dem 1. Januar 2022 geltenden bundesrechtlichen Anforderungen an die Sachverständigen überprüft. Sie erfüllt diese Voraussetzungen und kann daher weiterhin Gutachten für die IV erstellen. Falls es in einem Strafverfahren im Zusammenhang mit Begutachtungen zu einer rechtskräftigen Verurteilung kommt, würde das BSV die Zusammenarbeit sofort beenden.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7348 Weichelt Rolle von Adipositas in der NCD-Strategie

Adipositas wird in der Strategie 2017-2024 nur als Risikofaktor von NCDs geführt, anstatt als eigenständige Krankheit. Die fehlende politische Priorisierung führt dazu, dass nicht genügend gezielte Massnahmen zur Verhinderung und Reduzierung von Adipositas umgesetzt werden. Weshalb wurde Adipositas nicht als eigenständige Krankheit in die aktuelle NCD-Strategie aufgenommen? Plant der BR im Rahmen der laufenden Überarbeitung der Strategie eine Änderung? Wenn ja, wann und wenn nein, warum nicht?

Antwort

In der Tat wird Adipositas in der NCD-Strategie 2017–2024 nicht als eigenständige Krankheit, sondern als Risikofaktor geführt. Dies, weil sich die Strategie an der damaligen Ausrichtung des globalen Aktionsplans zu nichtübertragbaren Krankheiten 2013–2020 der WHO orientierte.

Dennoch wird bereits im aktuellen NCD-Massnahmenplan 2021–2024 dem Thema Adipositas eine besondere Wichtigkeit eingeräumt – sowohl im Bereich der Ernährungskompetenzen als auch der Adipositas-Behandlung. Das BAG arbeitet unter anderem mit der Allianz Adipositas Schweiz zusammen und sensibilisiert die Bevölkerung und Gesundheitsfachpersonen für die Bedürfnisse von Menschen mit Übergewicht und Adipositas. Betroffene und / oder deren Angehörige werden durch Allianz Adipositas Schweiz an regionale Fachstellen vermittelt. In diesem Sinne wird eine ganzheitliche Behandlung von Menschen mit Adipositas sichergestellt.

Zudem unterstützt die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz die Kantone bei der Entwicklung von Aktionsprogrammen für eine gesunde Ernährung und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen sowie bei älteren Menschen. Derzeit setzen 25 Kantone ein solches Programm um.

Im Jahr 2024 wird der Bundesrat auf Basis des Evaluationsberichtes über die Verlängerung der Strategie mit einem angepassten Massnahmenplan entscheiden.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7350 Herzog Verena

Nach dem peinlichen Fehlen von Pflichtlagern für Schutzmasken vor drei Jahren existieren diese noch immer nicht!

Warum wird keine Zusammenarbeit mit verantwortungsvollen Schweizer Maskenherstellern aufgenommen, um einen Grundanteil an unabhängiger «Selbstversorgung» sicher zu stellen?

Warum lässt man erworbenes Know-how heimischer Maskenherstellung wieder sorglos sterben?

Weshalb delegiert der Bundesrat seine Verantwortung ausschliesslich den Bürgern, obwohl der Nutzen bei gealterten Masken nicht gewährleistet ist, hingegen bei geprüfter Masken mit Ablaufdatum längst wissenschaftlich nachgewiesen ist?

Antwort

In der Schweiz ist grundsätzlich die Wirtschaft für die Versorgung des Landes verantwortlich. Die Preise von in der Schweiz hergestellten Masken sind im internationalen Vergleich nicht konkurrenzfähig und der Schweizer Markt ist für eine rentable Produktion zu klein. Somit fehlt eine genügende Nachfrage für die Herstellung von Schutzmasken in der Schweiz. Das Landesversorgungsgesetz enthält keine Grundlage für den Bund, mit Massnahmen wie der Vorratshaltung oder der Aufrechterhaltung von Produktionskapazitäten, einen Beitrag zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Versorgung in normalen Zeiten zu leisten.

Die Vorgaben für eine Lagerhaltung an Schutzmasken und anderen medizinischen Gütern zur Bewältigung einer Pandemie werden derzeit unter Leitung des BAG im Rahmen der Umsetzung des Berichts der Bundeskanzlei zur Auswertung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie überprüft. Die Ergebnisse werden in die laufenden Revisionen des Epidemiengesetzes und des Nationalen Pandemieplanes einfließen.

Im Rahmen des Notvorrates empfehlen die Behörden derzeit ein Paket mit Schutzmasken zuhause vorzuhalten.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7359 Aeschi Thomas Ausländerinnen und Ausländer in den Schweizer Krankenkassen

Wie viele Ausländerinnen und Ausländer sind bei den Schweizer Krankenkassen versichert? Wie viele davon aus dem EU/EFTA-Raum, wie viele aus sog. «Drittstaaten», wie viele aus dem Asylbereich (inkl. Status S) und wie viele Personen aus anderen Bereichen (beispielsweise illegale Einwanderer, sog. «Sans Papiers»)?

Antwort

Jede Person mit Wohnsitz in der Schweiz muss sich innert drei Monaten nach der Wohnsitznahme oder der Geburt in der Schweiz für die Krankenpflege versichern. Weder die Nationalität noch der Aufenthaltsstatus sind massgebend. Aus diesen Gründen werden sie nicht erfasst. Der Bundesrat hat daher bereits in seiner Antwort auf die Motion 21.3519 «Krankenversicherungsstatistik nach Aufenthaltsstatus und Nationalität aufschlüsseln» festgehalten, dass die Statistik der obligatorischen Krankenversicherung keine Angaben zu Aufenthaltsstatus und Nationalität der Versicherten enthält.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7317 Tuena

Verhalten der Schweiz bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat zur Aufklärung der Sprengung der NordStream-Pipeline

Gemäss ihrer Charta sind die wichtigsten Aufgaben der UNO die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit ist die Sprengung der NordStream-Pipeline ein Verstoss gegen den Weltfrieden? Verstösst sie gegen Völkerrecht? Schadet sie der internationalen Zusammenarbeit? Warum stimmte die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat gegen den Antrag die Hintergründe des Anschlags durch Organe der UNO aufzuklären?

Antwort

Die Schweiz hat sich im UNO-Sicherheitsrat dahingehend geäussert, dass jeglicher Sabotageakt gegen kritische Infrastruktur und Energie-Infrastruktur verurteilt wird. Auch wurde die Wichtigkeit von Aufklärung und von raschen Verfahren unterstrichen. Dies liegt im Interesse der Staatengemeinschaft, in unserem nationalen Interesse und ist auch Voraussetzung für eine völkerrechtliche Beurteilung.

Dänemark, Deutschland und Schweden führen bereits nationale Untersuchungen durch.

Ein von Russland und China eingebrachter Resolutionsentwurf, welcher eine Untersuchung unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs forderte, verfehlte das notwendige Mehr von 9 Stimmen im Sicherheitsrat (3 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen). Auch die Schweiz hat sich enthalten, da aus Gründen der Effizienz und der Subsidiarität erst die Resultate der laufenden nationalen Untersuchungen abgewartet werden sollen.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7327 Walder

1) Mandat de négociation avec l'UE (1)

Selon Livia Leu, les 10 rondes d'entretiens exploratoires n'ont pas permis d'aboutir à une feuille de route qui devait, côté suisse, être accompagnée avant fin juin d'un nouveau mandat de négociation.

- Le CF y a-t-il renoncé, comme l'aurait affirmé Bruxelles qui évoque la requête suisse d'un délai supplémentaire à fin octobre 2023?
- Dans ce cas, le CF considère-t-il comme encore plausible de conclure les négociations avec l'UE avant le renouvellement de la commission prévu en juin 2024?

Question 23.7328 Walder

2) Mandat de négociation avec l'UE (2)

En quittant les négociations avec l'UE le 26 mai 2021, le CF a interrompu un processus pourtant jugé par lui-même comme positif quelques mois auparavant. De nombreuses personnes craignaient que le CF fasse trainer ce dossier jusqu'aux élections fédérales de 2023, ce qui semble se confirmer en dépit des incertitudes liées aux élections européennes. Comment le CF évalue-t-il le risque que la commission, dans sa nouvelle composition en juin 2024, puisse vouloir durcir les termes de la négociation?

Frage 23.7352 Roth Franziska

Lösen sich die Fortschritte bei den Verhandlungen mit der EU in Luft auf?

An der Klausurtagung vom 29. März 23 hat der Bundesrat das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat mit der EU beschlossen. Hält der Bundesrat trotz Wechsel von Staatssekretärin Leu als Botschafterin in Berlin an seinem Fahrplan fest und wird bis Ende Juni die Eckwerte eines Verhandlungsmandats mit der EU erarbeiten?

Réponse

La 10^e ronde d'entretiens exploratoires a permis de dresser un état des lieux des discussions, d'approfondir certaines thématiques et de déterminer les prochaines étapes dans le processus. Les délégations ont décidé de poursuivre les discussions au niveau technique pour clarifier les questions encore ouvertes et de les élargir aux sujets qui n'ont pas encore été abordés en détail, par exemple les nouveaux accords. Ce processus va se poursuivre de façon intensive ces prochains mois. Fin juin, le Conseil



fédéral mènera une discussion sur les grands axes du mandat de négociation (les « Eckwerte »). Il s'agit d'une étape importante. Ces grands axes définissent les principes, les objectifs et la direction à suivre en vue de la rédaction d'un éventuel mandat de négociation.

La Suisse a pris note du souhait de la délégation européenne de conclure d'éventuelles négociations avant fin juin 2024. Pour la Suisse, c'est toutefois la qualité qui prime sur le calendrier. Le Conseil fédéral ne se prononce pas quant à la position d'une future Commission européenne. L'affectation de la Secrétaire d'État Livia Leu à Berlin n'aura pas d'influence sur le déroulement des sondages.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7329 Walder Ueli Maurer et Pékin

L'ancien CF Ueli Maurer a participé en avril 2023, à peine 4 mois après avoir quitté ses fonctions, à une rencontre aux contours très officiels avec l'ambassadeur de Chine à Berne. Cette rencontre a été médiatisée très opportunément par Pékin en laissant entendre qu'il s'agissait de la visite d'un ministre en fonction.

- Le CF était-il au courant de cette rencontre ? Et a-t-il réagi auprès de l'ambassade de Chine ou de M. Maurer pour signifier sa désapprobation face à son instrumentalisation ?

Réponse

Der Bundesrat war über das Treffen nicht informiert und hat auch nicht gegenüber der chinesischen Botschaft in Bern oder Herrn Alt-Bundesrat Maurer Stellung genommen.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7330 Walder Etat hôte - postulat 21.3791

En réponse à l'adoption de mon postulat 21.3791 par 134 OUI, le CF s'est engagé à y répondre dans le cadre de sa nouvelle stratégie État hôte 2024-2027. Ce postulat demande un rapport post-COVID sur la vitalité du réseau international en Suisse et sur les pistes pour développer de façon proactive notre politique d'État hôte. Le CF entend-il toujours présenter la stratégie État Hôte pour la période 2024-2027 ? Sinon sous quelle forme envisage-t-il de répondre à mon postulat dans les délais?

Réponse

La mise en œuvre de l'actuel message sur l'Etat hôte, qui couvre la période 2020-23, a été fortement influencée par la pandémie de COVID-19 et aussi par le conflit en Ukraine. Il est difficile de faire une analyse exhaustive de la situation en raison du conflit encore en cours et de ces évolutions. Par conséquent, la Stratégie Etat hôte actuelle a été prolongée de 2 ans afin de permettre une analyse plus complète. Le Canton et la ville de Genève ont été informés de ce changement. Il est désormais prévu de répondre au Postulat 21.3791 par la nouvelle Stratégie multilatéralisme et Etat hôte, qui portera sur la période 2026-2029.



Fragestunde vom 5. Juni 2023

Frage 23.7340 Sollberger

Finanzierung der Ukrainehilfe aus dem laufenden IZA-Budget

Im Nachtragskredit Ib zum Voranschlag 2023 sind unter anderem 113 Millionen Franken für ein weiteres Hilfspaket für die Ukraine und die Republik Moldau vorgesehen. Angesichts der Schieflage der Bundesfinanzen stellt sich die Frage, weshalb der Bundesrat nicht andere Projekte der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) zurückstellt und die gesamte Ukrainehilfe aus dem laufenden Budget finanziert?

Antwort

Seit Kriegsbeginn haben EDA und WBF umfangreiche IZA-Mittel zugunsten der vom Krieg in der Ukraine betroffenen Bevölkerung umprogrammiert. Das Hilfspaket umfasst 140 Millionen Franken, wofür der Bundesrat 92 Millionen Franken neue Mittel beantragt hat. 48 Millionen Franken, und damit rund ein Drittel des Pakets, trägt die IZA aus dem laufenden Budget bei. Im Ukraineteil des Nachtragskredites I 2023 bestehen keine Differenzen mehr.

Auch in der aktuell angespannten Situation des Bundeshaushaltes ist es dem Bundesrat wichtig, den Rest der Welt nicht aus den Augen zu verlieren. Dies im Sinne der humanitären Tradition sowie der langfristigen Interessen der Schweiz.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7356 Maillard

Délégation russe à la 110ème conférence internationale du travail de l'OIT

Du 5 juin au 16 juin se tiendra à Genève la 110ème Conférence internationale du travail de l'OIT, dont le siège est à Genève. (<https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/111/lang-fr/index.htm>). Les pays-membres envoient à cette conférence des délégations le plus souvent tripartites, composées de personnes représentant l'Etat, les employeurs ou les syndicats.

La fédération de Russie, qui a déclenché en Ukraine une guerre d'agression contraire au droit international et condamnée par la Suisse et les Nations Unies, ainsi que par l'OIT elle-même (Governing body), a décidé d'envoyer à cette conférence une délégation dont des membres semblent avoir pris part aux occupations illégales pratiquées en Ukraine par la fédération de Russie.

Je demande au Conseil fédéral s'il s'est renseigné sur cette situation et si des visas seront octroyés à cette délégation pour se rendre à Genève.

Réponse

L'Organisation Internationale du Travail est au bénéfice d'un accord de siège avec la Suisse, qui lui confère des privilèges et immunités. Cet accord garantit la venue en Suisse des représentants de ses membres, à savoir les Etats, les délégations d'employeurs et celles d'employés, participants aux réunions de l'organisation.

Suite à l'agression militaire de la Russie en Ukraine, l'accord entre la Suisse et la Russie concernant la facilitation de la délivrance de visas, entré en vigueur en 2011, a été suspendu. Il en découle que les membres de délégations détenteurs d'un passeport diplomatique ou de service qui sont attendus officiellement en Suisse sont désormais soumis à l'obligation du visa. Ces derniers sont délivrés conformément au Code des visas Schengen et limités aux besoins liés à des événements relevant des obligations internationales de la Suisse en tant qu'Etat hôte.



Heure des questions du 5 juin 2023

Question 23.7343 Pointet

La liberté d'expression autorise-t-elle les mensonges ?

Il est normal de défendre ses idées lors d'une campagne de votation, mais lorsque des mensonges sont utilisés nous nous approchons dangereusement de méthodes de désinformation. Est-ce que le Conseil fédéral a conscience de ce problème et envisage-t-il de prendre des mesures pour combattre de telles méthodes ?

Réponse

La désinformation représente un risque pour la confiance dans les procédures et les institutions démocratiques. La libre formation de l'opinion en amont d'une votation populaire présuppose un débat politique large et ouvert. Dans ce cadre, les déclarations d'acteurs privés sont protégées par la liberté d'expression. Les affirmations exagérées, voire mensongères ne sont en principe pas illégales, car on ne peut pas toujours clairement dire ce qui est mensonger. Le débat public sert justement à discuter de ces éléments. Dans le cadre de son mandat légal, le Conseil fédéral doit informer de manière suivie et objective sur les objets fédéraux soumis à la votation populaire. Mais il incombe aussi et surtout aux acteurs politiques et de la société civile ainsi qu'aux médias de veiller à ce que le discours politique soit ouvert et équitable.

En ce qui concerne les formes de désinformation pertinentes pour la politique de sécurité, le Conseil fédéral a indiqué dans le rapport de 2021 sur la politique de sécurité de la Suisse (FF 2021 2895) ainsi qu'en réponse à diverses interventions parlementaires (notamment les interpellations 20.4715 Bäumle, 21.3384/21.3385 Reimann et 22.4138 Binder-Keller), qu'il prenait au sérieux les risques en la matière. Parmi les mesures déjà prises figurent à titre d'exemple une meilleure coordination au sein de l'administration fédérale ou la coopération internationale. L'extension de la communication active du Conseil fédéral au domaine des médias sociaux ainsi que la régulation des grandes plateformes de communication peuvent également contribuer à prévenir ou à endiguer la désinformation. Dans le cadre du rapport en réponse au postulat 22.3006 de la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, le Conseil fédéral dressera en outre un état des lieux de la menace que font peser sur la Suisse les campagnes de désinformation.

NATIONALRAT – CONSEIL NATIONAL

Sommersession – Session d'été 2023

2023.7293

Frage Bühler

Question Bühler

Entscheid der Finanzdelegation zu den Bundesgarantien: Abstimmungsresultat bekannt geben

Wortlaut der Frage vom 30. Mai 2023

Am 19. März 2023 informierte die Finanzdelegation darüber, sie habe zwei dringlichen Verpflichtungskrediten zugestimmt, einmal in der Höhe von 100 Milliarden (Garantie gegenüber der Nationalbank für den Fall eines Ausfalls der Credit Suisse) und einmal in der Höhe von 9 Milliarden (Garantie gegenüber der UBS für den Fall von Verlusten).

Wie sah in der Finanzdelegation das Abstimmungsresultat in Bezug auf diese beiden Garantien aus?

Rendre public le vote de la Délégation des finances concernant les garanties de la Confédération

Texte de la question du 30 mai 2023

Le 19 mars 2023, la Délégation des finances a informé du fait qu'elle avait décidé de crédits urgents de 100 milliards (garantie en cas de défaut de Credit Suisse envers la Banque nationale) et de 9 milliards (garantie en cas de pertes envers UBS).

Quel a été le résultat du vote de la Délégation des finances au sujet de ces deux garanties ?

Antwort des Büros vom 5. Juni 2023

Das Büro hat die Finanzdelegation gebeten, zur Frage von Herrn Nationalrat Manfred Bühler Stellung zu nehmen. Sie antwortet wie folgt:

«Gemäss langjähriger Praxis veröffentlicht die Finanzdelegation über ihre Abstimmungen keine Stimmenverhältnisse. Sie stützt sich dabei auf Artikel 20 Absatz 2 Geschäftsreglement des Nationalrates (GRN, SR 171.13) und Artikel 15 Absatz 2 Geschäftsreglement des Ständerates (GRS, SR 171.14). Gemäss diesen wird in der Regel über die wesentlichen Beschlüsse mit dem Stimmenverhältnis sowie über die hauptsächlichen in den Beratungen vertretenen Argumente öffentlich informiert. Es besteht keine gesetzliche Pflicht, das Abstimmungsverhältnis öffentlich bekanntzugeben.

Die Finanzdelegation hat ihre Praxis in der laufenden Legislatur bei der Genehmigung dringlicher Kredite während der Covid-Pandemie (2020-2021), der Energiekrise (2022) und bei der Genehmigung von Garantien für die SNB und die UBS (2023) wiederholt diskutiert und beschlossen, diese Praxis fortzusetzen.

Die Praxis, keine Stimmenverhältnisse zu veröffentlichen, dient dazu, dass die Delegationsmitglieder politisch unabhängig und aufgrund sachlicher Kriterien beraten und abstimmen können.»

Réponse du bureau du 5 juin 2023

Le bureau a demandé à la Délégation des finances de prendre position sur la question du conseiller national Manfred Bühler. Elle répond comme suit :

« Selon une pratique établie de longue date, la Délégation des finances ne publie pas le résultat des votes auxquels elle procède. Elle fonde cette pratique sur l'art. 20, al. 2, du règlement du Conseil national (RCN, RS 171.13) et sur l'art. 15, al. 2, du règlement du Conseil des États (RCE, RS 171.14), qui disposent que, *sauf exception*, les principales décisions prises, les résultats des votes et les arguments majeurs présentés au cours des délibérations sont communiqués aux médias. Il n'existe pas d'obligation légale de publier le résultat d'un vote.

Au cours de la présente législature, la Délégation des finances a débattu de sa pratique à plusieurs reprises – lors de l'approbation de crédits urgents pendant la pandémie de COVID (2020-2021) et la crise énergétique (2022), et lors de l'approbation de garanties pour la Banque nationale suisse et UBS (2023). Elle a à chaque fois décidé de maintenir celle-ci.

La pratique consistant à ne pas publier le résultat des votes permet aux membres de la délégation de débattre et de voter de manière politiquement indépendante, en se fondant sur des critères objectifs. »